

Sozialpartnerschaft und wirtschaftliche Leistung im Vergleich 1970-2000

a.o. Univ. Prof. Dr. Brigitte Unger Wien, 17.10.2000

Projekt des Bundeskanzleramts: Institutionalisierung des Sozialen Dialogs in Rumänien

Projektteilung: Prof. Ferdinand Karlhofer und Human Dynamics

Im folgenden soll ein Ueberblick gegeben werden, wie verschiedene Laender die Herausforderungen der zunehmenden Internationalisierung und Europaeisierung bewaeltigt haben und welche Rolle die Sozialpartner dabei spielten. Der wirtschaftliche Erfolg soll als Messlatte dienen, um diverse Strategien von Regierung und Sozialpartnern in den einzelnen Laendern zu evaluieren. Die Studie zeigt zunaechst den wirtschaftlichen Erfolg aller EU-15 Laender mit Ausnahme Luxemburgs, Norwegens, der Schweiz, Japan und der USA auf und geht anschliessend detaillierter auf einige sehr erfolgreiche Laender (Oesterreich, und die Niederlande), maessig erfolgreiche Laender (Belgien, Schweden und Daenemark) und wenig erfolgreiche Laender (Irland, Italien), die aber in juengster Zeit eine Trendumkehr erfuhren, ein. Die Auswahl der Laender soll einen moeglichst breiten Ueberblick ueber erfolgsversprechende sozialpartnerschaftliche Arrangements und Strategien ermoeeglichen, und aufzeigen helfen, unter welchen Bedingungen bestimmte wirtschaftspolitische Ziele erreicht werden koennen.

Hauptergebnis der Studie ist, dass fuer beschaeftigungsorientierten wirtschaftlichen Erfolg sowohl eine klare Festlegung der Rangordnung wirtschaftspolitischer Ziele als auch die Koordination der Wirtschaftspolitik zwischen d r e i Akteuren erforderlich ist.. 1. der Regierung, die Arbeitsmarktgesetze, gesetzliche Mindestloehne etc festlegen kann und ueber das Budget die Beschaeftigungslage beeinflussen kann, 2. den Sozialpartnern, die ueber mehr oder weniger zurueckhaltende Lohnverhandlungen, Zulassen oder Negieren von Lohndispersion und Einkommensungleichheiten usw die Beschaeftigung, Verteilung und Inflationsrate beeinflussen koennen und 3. der Notenbank, die mit einer mehr oder weniger restriktiven Geldpolitik und mit Hart- oder Weichwaehrungspolitik die Rahmenbedingungen fuer die Lohnverhandlungen festlegen kann oder auf Lohnverhandlungen reagieren kann. Das wirtschaftliche Ergebnis ist auch davon abhaengig, w e r von diesen drei Akteuren die Vorgaben machen kann, wer der drei welches glaubwuerdige Drohpotential zur Verfuegung hat.

1. Ziele des Magischen Vielecks 1970-2000

Das magische Viereck der Wirtschaftspolitik besagt, dass die vier wirtschaftspolitischen Ziele Vollbeschaeftigung, Preisstabilitaet, gerechte Einkommensverteilung, aussenwirtschaftliches Gleichgewicht in Konkurrenz zueinander stehen. Alle Ziele gleichzeitig zu erreichen, sei nicht moeglich. Hohe Beschaeftigung erzeuge Inflation, gerechte Einkommensverteilung fuehre zu einer geringen Lohndispersion und Arbeitslosigkeit, hohe Beschaeftigung und hohes Einkommen fuehren zu hohen Importen und Leistungsbilanzdefiziten usw. (Kommen die Ziele Wachstum oder Umwelt auch noch hinzu, spricht man vom magischen Fuenfeck, oder magischen Sechseck). Es sei daher Aufgabe der Wirtschaftspolitik, die Zielprioritaeten festzulegen. Vollbeschaeftigung oder niedrige Inflation, gerechte Einkommensverteilung oder aussenwirtschaftliches Gleichgewicht usw.

Tabelle 1 zeigt, wie die OECD Laender in den letzten 30 Jahren die vier Ziele des magischen Vielecks bewaeltigt haben. Die Inflationsrate lag im Laenderdurchschnitt bei 6.9%, deutlich

ueber dem heutigen EU-Durchschnitt, die Arbeitslosenrate lag bei 6.4%, die Leistungsbilanz war ausgeglichen und der Gini-Koeffizient lag bei 28 (je hoeher dieser Koeffizient, desto ungleicher die Einkommensverteilung),

EINSCHUB TABELLE 1

Die Theorien, wonach eine Konkurrenz zwischen den wirtschaftspolitischen Zielen bestehen, wurden einigermaßen erschuettert, wenn man sich die empirischen Ergebnisse der Nachkriegsjahre ansieht. Zwischen 1970 und 1999 gelang es einigen Laendern alle vier Ziele zu erreichen, anderen hingegen ueberhaupt keines. In Tabelle 2 sind jene Laender als erfolgreich aufgelistet, die ein wirtschaftspolitisches Ziel besser als die Haelfte der Laender oder als der Durchschnitt erreicht haben.

EINSCHUB TABELLE 2 Zielerreichung und Tabelle 2b Magisches Vieleck im Zeitablauf

Reiht man die Laender nach Hoehe der Inflationsrate von 1 (niedrigste Inflationsrate) bis 18 (hoechste Inflationsrate) und ebenso entlang der anderen drei Zielgroessen, und summiert man die Rangzahlen fuer jedes Land, so zeigt sich, dass Japan, Deutschland, die Schweiz, Norwegen, die Niederlande und Oesterreich die beste Performanz aufweisen, und Irland, Spanien, Griechenland, Portugal, Italien, die USA und Grossbritannien die schlechteste Performanz. Dabei ist Japan fuehrend, waehrend Irland das Schlusslicht der 18 Laender bildet.

Alle Laender, mit guter Performanz weisen eine geringe Zielkonkurrenz auf. Sie haben entweder alle vier Ziele des magischen Vielecks erreicht (Japan, Deutschland, Niederlande, Norwegen) oder drei Ziele (Schweiz) oder zumindest keinen trade-off zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation erfahren. Alle erfolgreichen Laender, mit Ausnahme Oesterreichs, erreichten eine gerechte Einkommensverteilung. Ein Blick auf das zeitliche Auftauchen von Problemen zeigt, dass die erfolgreichen Laender erst in den 1980er und 1990er Jahren wirtschaftliche Probleme bezueglich dieser vier Zielvariablen hatten (Japan und die Schweiz erst vor kurzem, Oesterreich und Deutschland seit Mitte der 1990er Jahre, Norwegen und die Niederlande in den 1980er Jahren), waehrend die wenigst erfolgreichen Suedlaender und Irland, Anpassungsprobleme bereits in den 1970er Jahren hatten. D.h. auch das zeitliche Auftauchen der Probleme war unterschiedlich.

| | | |
|-----------------|---------------------|----------------------|
| Gute Performanz | Mittlere Performanz | Schlechte Performanz |
| JAP-D-CH-N-NL-A | B-S-DK-FIN-F | UK-US-I-P-GR-E-IRE |

Rund in der Haelfte aller Laender konnten sowohl die Inflationsrate als auch die Arbeitslosenrate unter dem Durchschnitt gehalten werden, waehrend Finnland, Italien, Irland, Grossbritannien und Spanien beide Ziele verfehlten. Finnland ist das einzige Land, das eine gerechte Einkommensverteilung zu Lasten aller anderen wirtschaftspolitischen Ziele verfolgte (Allerdings verfehlte es den Durchschnitt bei Inflation und Arbeitslosigkeit nur knapp). Sein ASchoenwetterkorporatismus® (fair weather corporatism, Lilja 1999) bricht in Krisenzeiten

regelmässig zusammen. Zu hohe Löhne konkurrierender Gewerkschaften in der Krise führen zu Arbeitslosigkeit und Inflation. In guten Zeiten hingegen formen sich wieder kooperative Lohnverhandlungen auf nationaler und sektoraler Ebene (s. Unger 2000). Die spezielle geopolitische Lage Finnlands, seine grosse Abhängigkeit von wenigen Rohstoffen (Holz und Gummi), seine wenigen grossen Firmen (Telekommunikation, ANokia-Effekt®), die stark Export abhängig sind, sind so einmalig, dass sie sich für eine Modellbildung nicht eignen. Im folgenden sollen Länder aus den drei Performanzgruppen ausgewählt und eingehender untersucht werden, die - trotz ihrer Spezifika - vielleicht mehr Chancen einer Nachahmung aufweisen, als Finnland.

2. Korporatistische Länder

Interessant ist, dass sämtliche erfolgreichen Länder koordinierte Lohnverhandlungen aufweisen. Einen Überblick über die verschiedenen Reihungen der Koordinierung der Lohnverhandlungen gibt Unger (1998). Insbesondere wurden die Zentralisierung der Lohnverhandlungen mit der Koordinierung verwechselt. So etwa weist Österreich hoch koordinierte Lohnverhandlungen auf, aber auf Sektorebene und nicht auf nationaler Ebene, da die Löhne unter der Lohnführerschaft der Metallindustrie seit den 1980er Jahren verhandelt wurden. Traxler/Kittel/Lengauer (1996) nahmen eine Korrektur der Calmfors/Driffill (1988) Reihung der Koordinierung der Lohnverhandlungen vor (s. erste Spalte von Tabelle 3). Korporatismus kann aber auch mehr als nur koordinierte Lohnverhandlungen bedeuten. Die Eingebundenheit der Sozialpartner in wirtschaftspolitische Entscheidungen, ob es sich um Reprivatisierung, um Stipendien für die Universitäten, um Sanierungsprogramme für die Leistungsbilanz und Exportförderung, um Sparpakete für das Budget handelt, kann sehr unterschiedlich sein. Spalte 2 von Tabelle 3 reiht die Länder nach dieser allumfassenden Bedeutung der Sozialpartner. Ob die Gewerkschaften sehr starke Reallohnverluste hinnehmen, wenn es hohe Arbeitslosigkeit gibt, bzw. die Notenbank Inflation zulässt um den Reallohn zu senken, ist Spalte 3 in Tabelle 3 zu entnehmen. Layard, Nickell und Jackman (1991, S.407) berechneten in einem makroökonomischen Modell, wie hoch Reallohn- und Nominallohnreaktionen auf Arbeitslosigkeit und Inflation sind. Wie Unger (1998) mittels einer Korrelationsanalyse zeigt, haben korporatistische Länder eine geringere Reallohnstarrheit, d.h. die Realloehne (Nominalloehne minus Inflationsrate) reagieren flexibler auf Arbeitslosigkeit als in nicht korporatistischen Ländern. Der Rangkorrelationskoeffizient zwischen dem Grad an Korporatismus und Reallohnstarrheit ist -0.69. Gewerkschaften berücksichtigen hohe Arbeitslosigkeit in ihren Lohnverhandlungen und koordinieren ihre Lohnabschlüsse mit Geld- und Fiskalpolitik. Die Nominalloehne, die Löhne über die Gewerkschaften eigentlich verhandeln, reagieren flexibler auf Arbeitslosigkeit und Inflation als in nicht korporatistischen. Hier ist der Rangkorrelationskoeffizient zwischen Korporatismus und Nominallohnstarrheit mit -0.39 zwar statistisch signifikant, aber geringer als bei der Reallohnstarrheit. Dies bedeutet, dass korporatistische Länder eine bessere Bewältigung von Arbeitslosigkeitsproblemen haben, weil sie Lohnforderungen-Geldpolitik- und Fiskalpolitik besser aufeinander abstimmen. Die folgenden Länderbeispiele werden deutlicher zeigen, wie so eine Koordinierung erfolgen kann.

EINSCHUB TAB 3 Korporatismus, Lohnrigidität und Hysterese

Die Koordinierung von Lohnverhandlungen kann hoch sein, weil ein starker Einfluss der Verbände (Unternehmerverbände, Gewerkschaften) vorhanden ist, oder weil eine gute Vernetzung zwischen Ministerium, Arbeitgeberverbänden und Firmen besteht. Die Steuerung der Wirtschaft erfolgt in den Erfolgsländern weder rein marktwirtschaftlich noch rein staatlich, sondern (mit Ausnahme Japans) über Verbände. Sie kann auch über Netzwerke, familiäre Beziehungen etc funktionieren. Dies ist einerseits im erfolgreichen Japan der Fall, andererseits in den Südländern. Reiht man die Länder nach ihrem Hauptsteuerungsmuster, lässt sich folgende Einteilung vornehmen (s. Unger 1998):

Markt --- ----- Netzwerke-----Verbände-----Staat

USA, GB, IRL----- E, P, GR, I, JP-----CH, B, DK, FIN, D, NL, S, N, A-----F

Die USA und Grossbritannien (GB) sind die traditionellen marktwirtschaftlich gesteuerten Länder, mit zersplitterten Gewerkschaften und geringem Staatseinfluss. Irland (IRL) entwickelte sich von einem marktwirtschaftlichen zu einem stärker verbändegesteuertem Land erst in den letzten Jahren. Die Südländer, Spanien (E), Portugal (P), Griechenland (GR) und Italien (I) haben noch starke familiäre Netzwerke oder eine Vernetzung kleiner Firmen, die oft wichtige Steuerungsfunktionen wahrnehmen. Auf Japans (JP) spezielle kulturelle und organisatorische Vernetzung soll hier nicht eingegangen werden. Die Schweiz (CH) ist ein Land, das von den Arbeitgeberverbänden gesteuert wird. Belgien (B), Dänemark (DK), Finnland (FIN), Deutschland (D), die Niederlande (NL), Schweden (S), Norwegen (N) und Österreich (A) sind stark verbändegesteuert. Österreich mit seinem umfassenden Kammerensystem mit Pflichtmitgliedschaft gilt dabei als das am stärksten verbändegesteuerte Land. Frankreich (F) wird als etatistisch, also am stärksten vom Staat gelenktes westliches Industrieland gereiht. Im Zeitverlauf haben sich einige wenige Verschiebungen in dieser Einteilung ergeben. Italien und Irland sind in den letzten Jahren stärker korporatistisch geworden. Schwedens starkes sozialpartnerschaftliche Arrangement erlebte enorme Zerreissproben. Insgesamt ist aber festzustellen, dass der Grossteil der EU-Länder und ehemaligen EFTA -Länder eine Steuerung der Wirtschaft zwischen Markt und Staat haben.

3. Bestandsbedingungen und Charakteristika fuer Sozialpartnerschaft

Ehe auf die einzelnen Länder eingegangen wird, sollen noch kurz die Bedingungen genannt werden, die fuer eine korporatistische (sozialpartnerschaftliche) Steuerung der Wirtschaft wichtig sind. Es kann als Checkliste fuer Länder dienen, die ein solches institutionelles Arrangement anstreben.

Neo-Korporatismus des 20. Jahrhunderts bedeutet strukturell, dass ein politischer Tausch zwischen den organisierten Interessen (Arbeitnehmer, Arbeitgeber) und den staatlichen Behörden stattfindet, der ein klar definiertes formelles oder informelles Repräsentations- und Verhandlungsmuster aufweist (Schmitter 1985). Wer mit wem über was verhandelt muss zwischen den drei Akteuren geklärt sein. Funktionell kann Neokorporatismus als Kooperation zwischen den Interessensverbänden und dem Staat definiert werden. Die Interessensverbände

übernehmen Staatsentlastungsfunktion, indem sie staatliche Aufgaben selbst regulieren (Lehmbruch 1985). Der Staat muss nicht selbst in komplexe Materien eingreifen und ist daher auch nicht verantwortlich, sondern überlässt komplizierte und kontroverielle Regulierungsprobleme den Interessensverbänden.

Üblicherweise zeichnet sich der politische Tausch bzw die Staatsentlastungsfunktion durch Verbände folgendermassen aus:

1. Neokorporatismus ist ein Kompromiss, eine zweitbeste Lösung für jeden der Akteure

Der Staat will als erstbeste Lösung mehr Macht und Regulierungskompetenz, die Arbeitnehmer wollen mehr Umverteilung des Reichtums und die Arbeitgeber wollen weniger Regulierung und mehr Markt als in den ausgehandelten Arrangements.

2. Neokorporatismus ist ein wiederholtes Spiel von Verhandlungen

Es ist die Langfristorientierung, das Wissen, dass immer wieder verhandelt wird, die den politischen Tausch ermöglichen. Lohnzurückhaltung heute, für höhere Lohnsteigerungen morgen. In der Spieltheorie wird die unendliche Wiederholung eines Nullsummenspiels als eine mögliche Lösung des Gefangenendilemmas gesehen, in dem die Akteure sonst gefangen wären. Im Gefangenendilemma wird durch Nichtkooperation das schlechteste Ergebnis für alle (hohe Löhne heute, Arbeitslosigkeit, Konkurse sodass Löhne nicht ausbezahlt werden, Streiks) erzielt. Erst die unendliche Wiederholung des Spiels ermöglicht kooperative Lösungen. Dies setzt aber ein stabiles politisches und institutionelles Umfeld voraus.

3. Neokorporatismus ist status quo orientiert

Grosse Veränderungen sind - wie auch die Länderbeispiele zeigen werden - nur sehr selten möglich. Neokorporatismus ist üblicherweise ein konservierendes Arrangement. Den *Alinken* ist es oft zu einseitig für die Arbeiter, den *Rechten* zu versteinert und zu wenig flexibel. Es zeichnet sich durch Stabilität oftmals zu Lasten der Flexibilität (s. Traxler/Unger 1994) aus. Die Tatsache, dass jeder nur eine zweitbeste Lösung erzielt, machen Ergebnisse in eine extrem progressive oder extrem konservative Richtung unwahrscheinlich. Auch grosse technische Neuerungen, innovative Lösungen scheitern oft am Veto einer der Verhandlungspartner.

4. Neokorporatismus benötigt ein Gleichgewicht der Kräfte

Die drei Akteure - Staat, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände - dürfen weder zu stark noch zu schwach sein, um für Verhandlungen bereit zu sein. Dies bedeutet dass die drei folgenden Bedingungen für die Existenz von Neokorporatismus essentiell sind.

5. Der Staat darf weder zu autonom noch zu schwach sein

Ist der Staat sehr stark, braucht er keine Staatsentlastungsfunktion der Verbände und legt Regelungen autoritär, hierarchisch fest. Ist er hingegen zu schwach, kann er auch keine

Verhandlungen der Sozialpartner bewirken. Sehr oft erfolgen sozialpartnerschaftliche Lohnverhandlungen unter der expliziten oder impliziten Drohung, dass ansonsten der Staat die Löhne festlegen wird. Ist der Staat zu schwach, wird eine marktwirtschaftliche Steuerung erfolgen.

6. Die Arbeitnehmer müssen gut organisiert sein

Um ein akzeptierter Verhandlungspartner der Arbeitgeberseite zu sein, müssen die Arbeitnehmer adäquat organisiert sein. Insbesondere müssen dafür folgende 5 Punkte erfüllt sein:

1. Ein Verhandlungsmonopol
2. Eine hohe Gewerkschaftsmitgliedschaft
3. Eine Zentralisierung der Entscheidungs- und Ressourcenzuteilungsmacht
4. Effektive Sanktionsmöglichkeiten zur Disziplinierung der Mitglieder
5. Eine gewisse Autonomie gegenüber den Mitgliedern

7. Die Arbeitgeber müssen verhandlungswillig sein

Oft scheitern Lohnverhandlungen daran, dass keine adäquate Arbeitgeberinteressenvertretung existiert. Die Interessen der Unternehmer sind noch viel heterogener als jene der Arbeitgeber. Eine grosse Baufirma hat ganz andere Interessen als ein kleiner Schuhmacher. Firmen unterscheiden sich bezüglich Grösse, Produkten, Absatzmärkten, Kapitalintensität, interner Organisation etc. Ihre Interessen können sogar gegenläufig sein (Pro oder contra Exportförderung, die Subventionierung von Stahl stört die Alternativenergieerzeugungsfirma etc., s. Van Waarden 1992, S. 526). Gerade auf europäischer Ebene ist die Organisation der Arbeitgeberinteressen noch wesentlich schwieriger als jene der Arbeitnehmer.

8. Neokorporatismus auf nationaler, makroökonomischer Ebene ist unter folgenden Bedingungen wahrscheinlicher:

1. wo Klassenherrschaft keine mögliche Alternative mehr ist (z.B. in Ländern, wo sozialdemokratische Parteien stark sind)
2. wo die Spaltung der Gesellschaft nicht extrem ist (z.B. wo Interessensverbände nicht durch religiöse, ethnische oder ideologische Konflikte gespalten werden).
3. in kleinen, neutralen Ländern oder in grossen, die besiegt wurden und keinen Grossmachtsanspruch mehr hegen
4. in Volkswirtschaften, die eine hohe ausserwirtschaftliche Verflechtung aufweisen, und daher eine gemeinsame Bedrohung von aussen erleben. (Gemeinsam im selben Boot zu sitzen) erhöht die Verhandlungs- und Kompromissbereitschaft.
5. wo Verbände eine grosse Zahl an potentiellen Mitgliedern haben, die räumlich verstreut sind und daher bereit, sich freiwillig zusammenzuschliessen (z.B. die Landwirtschaft ist in fast allen Ländern, sogar in Grossbritannien, korporatistisch)

Ob ein Land korporatistisch ist oder nicht, hängt daher von einer Vielzahl von Faktoren ab. Wie die Länderbeispiele Irland und Italien zeigen werden, können sich diese Bedingungen im Zeitablauf verändern. Jedoch können Institutionen nicht wie Kapitalgüter und Know How

importiert werden, sondern müssen historisch und gesellschaftlich wachsen. Implementiert kann nur eine institutionelle Struktur werden, die zu dem Land passt.

4. Die Herausforderungen der Wirtschaftspolitik 1970-2000

In den letzten dreissig Jahren erlebten sowohl europäische als auch nicht europäische Länder eine gewaltige Herausforderung durch zunehmende Internationalisierung. Nationale Wirtschaftspolitik, die aufgrund des 2. Weltkriegs nur wenig internationale Kooperation und ausenwirtschaftliche Verflechtung kannte, sah sich einer zunehmenden Welle von Internationalisierung gegenüber. Heute erreicht die internationale Verflechtung ein Ausmass, wie es vor dem 1. Weltkrieg herrschte, bzw. überschreitet dieses sogar. Im Goldenen Zeitalter nach dem 2. Weltkrieg aber bewegten sich Wirtschaftspolitiker in einer geschlossenen Wirtschaft, mit Kapitalkontrollen, geringen Exporten und Importen, und oft mit staatlich regulierten Preisen und Löhnen. Die Wiederherstellung des internationalen Handels war ein langsamer Prozess. Handelsabkommen, wie WTO und GATT, die Liberalisierung der Kapitalmärkte, die Verlagerung von Firmensitzen aus Steuergründen, das Binnenmarktkonzept der EU-Länder und die europäische Währungsunion bedeuteten zunehmende Beschränkungen nationaler Wirtschaftspolitik. Die Wirtschaftspolitik musste sich auf ein internationales Terrain begeben.

Für die meisten Industrielländer fiel das Ende des Goldenen Zeitalters mit dem ersten OPEC Ölchock 1973/1975 zusammen. Innerhalb weniger Monate hatte sich der Preis von Rohöl verzehnfacht. Nach dem Yom Kippur Krieg unterstützten die arabischen Ölländer Ägypten und sanktionierten die europäischen Länder, die Israel unterstützt hatten mit Embargos und Ölpreiserhöhungen. Der hohe Ölpreis erzeugte in Europa Stagflation, also hohe (Kostendruck-) Inflation und Stagnation und hohe Arbeitslosigkeit durch Nachfrageausfall gleichzeitig. Der Nachfrageausfall entstand, weil das Recycling von Petro-Dollars nach Europa einige Zeit dauerte (Burda 1993). Die Existenz von Petro-Dollars war begleitet vom Zusammenbruch des fixen Wechselkurssystems von Bretton Woods, 1971. Der Übergang zum freien Floren bewirkte, dass ein Grossteil der Petrodollars auf offshore Märkten ausserhalb der Kontrolle nationaler europäischer oder amerikanischer Regierungen angelegt wurden. Die Nationalbanken hatten plötzlich eine geringere Kontrolle über die Geldmengen.

Die deutsche Bundesbank schwenkte auf monetaristische, restriktive Geldpolitik und hohe Zinsen und bewirkte damit, dass auch ihre Haupthandelspartner langsam diesem Kurs folgten. Die Hochzinspolitik der USA, die hohe Staatsschulden und Leistungsbilanzdefizite durch den Vietnamkrieg akkumuliert hatte, die zehn Prozent der Weltersparnisse absorbierten, führte zu einem weiteren Ansteigen der Zinsen 1981. Dies führte zu einem weiteren Anwachsen von Finanzvermögen ausserhalb der Kontrolle der Zentralbanken. Die monetäre Verschuldungskrise der Entwicklungsländer, die die hohen Zinsdienste nicht bewältigen konnten, begann. Mitte der 1980er Jahre liberalisierten immer mehr europäische Länder den Kapitalmarkt, tlw deshalb, weil das Kapital ohnehin schon genügend Wege gefunden hatte, nationale Regelungen zu umgehen.

Dass Kapital ungehindert nationale Grenzen überschreiten konnte, war ein neues Problem für nationale Regierungen. Von nun ab musste Wirtschaftspolitik immer auch unter Rücksichtnahme auf die Reaktion der Finanzmärkte erfolgen. Dass Kapital abwandert, war

eine Befürchtung, die die Geldpolitik, die Steuerpolitik und die Budgetdefizitpolitik stark prägte. Die Sanierung der Staatsfinanzen, unternehmens- und kapitalfreundliche Steuern bedeuteten das Ende einer keynesianischen Wirtschaftspolitik.

Mit dem Beschluss der EU-Länder 1992 einen Binnenmarkt zu schaffen, der die freie Bewegung von Arbeit, Firmen, Finanzkapital, Gütern und Dienstleistungen vorsah, war ein Meilenstein der europäischen Integration. Freiwillig einigten sich die Mitgliedstaaten, Teile ihrer nationalen wirtschaftspolitischen Kompetenzen, wie Wettbewerbspolitik, an die EU-Ebene abzugeben. Länder, die neu hinzutraten (wie Österreich und Schweden 1995), mussten den *acquis communautaire*, also das ganze Paket von Regelungen und Gesetzen der EU, übernehmen. Der letzte Schritt war die Schaffung einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Um in die Währungsunion des Euro aufgenommen zu werden, müssen Länder die 5 Maastricht-Kriterien erfüllen. 1. muss die nationale Währung zwei Jahre vor Beitritt stabil gewesen sein 2. darf die Inflationsrate nicht mehr als 1.5 Prozentpunkte über jener der drei preisstabilsten Länder liegen 3. darf der Nominalzins nicht mehr als 2 Prozentpunkte über jenem der drei preisstabilsten Länder liegen 4. darf die Neuverschuldung 3% des BIP nicht überschreiten und 5 darf die Bruttoverschuldung nicht mehr als 60% des BIP betragen, bzw. muss sich in diese Richtung bewegen. 1997 wurde der Stabilitätspakt abgeschlossen, der verhindern will, dass Länder dem Euro beitreten und danach Trittbrettfahrer werden. Er sieht unter anderem vor, dass das Budget im Konjunkturverlauf ausgeglichen sein soll, also ein Nulldefizit.

Die fortschreitende Internationalisierung bewirkte in Europa, dass zunehmend nationalstaatliche Agenden an die supranationale Ebene der EU delegiert wurden. Der Handlungsspielraum der Nationalstaaten verringerte sich dadurch zwar (Aufgabe der Währungs- und Geldpolitik, Aufgabe der Budgetdefizitpolitik), gab aber anderen Politikfeldern, wie der nationalen Lohnpolitik und der Steuer- und Staatsausgabenstrukturpolitik ein neues Gewicht. Globalisierung und Internationalisierung betreffen nur den exponierten Teil der Wirtschaft. Der geschützte Bereich, z.B. Dienstleistungen, unterliegt nach wie vor der nationalen Steuerung. Die institutionellen Unterschiede zwischen den EU Ländern, ihre Koordinierungsmöglichkeiten der Wirtschaftspolitik wurden aber durch die neuen Herausforderungen besonders wichtig. Sie sind Hauptursache dafür, dass man bis heute in Europa keine Konvergenz der Arbeitslosenraten feststellen kann.

Die unterschiedliche wirtschaftliche Leistung der europäischen Länder lässt sich natürlich nicht auf eine einzige sondern auf viele Ursachen zurückführen. Erstens waren nicht alle Länder von den internationalen Herausforderungen gleichermassen betroffen.

Der erste Ölchock traf nicht alle Länder gleich hart. Norwegen als Öl exportierendes Land hatte kein Stagflationsproblem. Der zweite Ölchock 1978/79 traf Grossbritannien nicht mehr, das inzwischen Nordseeöl entdeckt hatte. Hingegen traf die Liberalisierung der Finanzmärkte das Finanzzentrum Grossbritannien in den 1980er Jahren besonders hart.

Zweitens reagierten die Länder unterschiedlich auf die Schocks, teilweise, weil sie unterschiedliche politische Handlungsmöglichkeiten hatten, unterschiedliche Parteien an der Regierung, unterschiedliche Verfassungen, die mehr oder weniger schnelle Anpassungen erlaubten, eine unterschiedliche Bedeutung von Volksabstimmungen, die z.B. den EU-Beitritt ermöglichen (Österreich, Schweden) oder verhinderten (Schweiz, Norwegen). Die Präferenz für Vollbeschäftigung ist ebenfalls sehr unterschiedlich in den einzelnen Ländern. In Österreich hatte es lange Zeit Priorität, in Belgien und Dänemark war die Absicherung der Arbeitslosen wichtiger als die Arbeitslosigkeit. Manche Länder wählten einen

Hartwahrungskurs, wie Daenemark, Belgien, Oesterreich und die Niederlande, waehrend andere haeufig abwerteten (Schweden, Italien, Irland). Damit war den wirtschaftspolitischen Akteuren ein ganz anderer Rahmen vorgegeben. Um die Hartwahrung nicht zu gefaehrden, muessen Gewerkschaften Inflationsdaempfung wirken und daher zurueckhaltend in den Lohnforderungen sein. In Weichwahrungslaendern wird eine hohe Lohnforderung, mit einer Abwertung aufgefangen, um die Exportfaehigkeit zu erhalten. Der Druck zu maessigen Lohnverhandlungen ist daher in Hartwahrungslaendern hoeher als in Weichwahrungslaendern. (Obgleich auch in Weichwahrungslaendern den Gewerkschaften klar ist, dass hoehere Loehne, die zu Abwertung fuehrt, letztendlich ueber hoehere Importpreise inflationaer wirkt. Die Lohnsteigerung wird dann wieder durch hoehere Inflationsraten aufgefressen). Die Angst vor hoher Inflation durch Abwertung war z.B. ein Grund, warum die oesterreichischen Gewerkschaften in den 1970er Jahren ganz klar fuer eine Hartwahrungspolitik plaedierten. Dies zu einem Zeitpunkt, als die (sozialdemokratische) Regierung unter Bruno Kreisky noch unentschlossen war, welche Waehrungspolitik sie verfolgen sollten (s. Hemerijck/Unger/Visser 2000).

Insgesamt kann die unterschiedliche wirtschaftliche Leistung der Laender als Funktion 1. unterschiedlicher oekonomischer Beschraenkungen und Herausforderungen 2. eines unterschiedlichen politischen Handlungsspielraums 3. unterschiedlicher Institutionen, insbesondere oekonomischer Institutionen wie Sozialpartnerschaft und 4. unterschiedlicher sozialer Akzeptanz angesehen werden (s. Unger 1998 und Scharpf und Schmidt 2000).

Im folgenden sollen sieben Laender dargestellt werden. Ihre Reaktion auf internationale Schocks, ihre politischen Reaktionen, die Art, wie die Sozialpartner mit den Schocks und Herausforderungen umgehen und die sozialen Wertvorstellungen und Reaktionen auf die Verarbeitung internationaler Schocks.

5. Sozialpartnerschaft und Krise in Oesterreich, den Niederlanden und Belgien

5.1. Institutionelle Aehnlichkeiten und Unterschiede

Österreich, die Niederlande und Belgien haben eine Reihe von ökonomischen, institutionellen und politischen Eigenschaften gemeinsam (die folgenden Ausfuehrungen ueber die drei Laender folgen, sofern nicht anders zitiert, Hemerijck/Visser/Unger 2000). Sie sind kleine offene Volkswirtschaften mit traditionell gut etablierter Sozialpartnerschaft, sie gehören zum Bismarck - Typus von Wohlfahrtsstaaten und sie weisen ein politisches System von "Lagerbindung" auf, wo bestimmte Parteien auch bestimmte von einander getrennte Gesellschaftsgruppen vertreten.

Wie Katzenstein (1985) zeigte, haben gerade stark außenwirtschaftlich abhängige Länder ein sehr eng geknüpft organisiertes Netzwerk von beratenden Organen auf nationaler Ebene gegründet, die die Funktion haben, sozialen Frieden zu gewährleisten. In Österreich ist dies die 1957 gegruendete Paritätische Kommission mit ihren Unterausschüssen (ursprünglich einer für Loehne und einer für Preise, später wurde letzterer in den Unterausschuss fuer Wettbewerb umfunktioniert). 1963 wurde der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen gegründet (wie der niederländische SER), der sich aus Vertretern von Sozialpartnern und Ministerien, als auch von ökonomischen Experten zusammensetzt. Dies verstärkte den "Expertencharakter" der österreichischen Sozialpartnerschaft. Der Beirat gibt Politikempfehlungen ab und kann als Gremium verstanden werden, das das gemeinsame Verständnis der sozialen und wirtschaftlichen

Probleme fördert. In Belgien ist das der Zentralökonomische Rat (CCE) und der nationale Arbeitsrat (National Labour Council, CNT). In den Niederlanden ist es der Nationalökonomische Rat (SER) und die Stiftung fuer Arbeit (STAR). Alle diese Organisationen wurden nach dem Krieg gegründet. Ziel der Gründung dieser Organisationen war es, gemeinsame Verantwortung für das Wohlergehen der Nation von organisierten Arbeitgebern, organisierten Arbeitnehmern zusammen mit Staat und Zentralbank zu gewährleisten. Eine "Koordinierung" der Wirtschaftspolitiken und eine "Entlastungsfunktion" des Staates (siehe Lehmbruch) sollte dadurch erfolgen.

Österreich, Belgien und die Niederlande wurden lange als "segmentierte" oder "versäulte" Gesellschaften angesehen (siehe Lijphart 1968). In Österreich ist die Lagerspaltung zwischen Arbeitern und Unternehmern, egal ob Selbständige oder Gewerbebetriebe, Klein- und Mittelbetriebe oder Bauern. Schon vor dem Zweiten Weltkrieg, führte die Spaltung in Lager, die sich sowohl in eigenen Parteien, eigenen Gewerkschaften, eigenen Zeitungen, eigenen Sport- und Autovereinen äußerte, zum Bürgerkrieg 1934. Die Erinnerungen an diesen Bürgerkrieg und an den Zweiten Weltkrieg trugen viel zum außerordentlich hohen Bedürfnis nach "Konsens"- und Konfliktfreiheit in der österreichischen Politik bei.

Reformation und Gegenreformation haben die Niederlande zwischen Protestanten und Katholiken gespalten, die sich als eigenständige Gemeinschaften oder vertikale Säulen entwickelt haben, jeder mit eigener Partei, Verbänden, Massenmedien und Klubs. Die Versäulung löste sich Mitte der 60er Jahre allerdings überraschend stark auf.

In Belgien spaltete sich die Gesellschaft zwischen Katholiken und antiklerikalen Liberalen und Sozialisten, bezüglich der Frage der Rolle der Kirche und des Staates in der Erziehung. Außerdem gab es noch den Sprachkonflikt zwischen flämisch und französisch sprechenden Belgiern. Seit der Gründung von Belgien als unabhängiger Staat 1830 war es zu einem immer stärkeren Auseinanderklaffen der beiden Sprachlager gekommen.. Da die französisch sprechenden Belgier niemals niederländisch lernen mussten, die Mehrheit der Bevölkerung aber lokale Varianten von niederländisch oder flämisch sprach und sich von einem Staat, der die Verwendung von niederländischen Gesetzen, Gerichten und höheren Schulen verweigerte, entfremdet fühlten, kam es damals zu einer Dreiteilung von linguistischen Territorien, ein niederländisches, ein französisches und ein zweisprachiges, die sich heute in den Regionen Brüssel, Flandern und Wallonien finden. Auch die ökonomische Entwicklung der Regionen verlief sehr unterschiedlich. Zunächst begünstigte der Untergang der Manufaktur in Flandern, und das Aufkommen der Stahlwerke und Kohlenbergwerke in Wallonien im 19. Jahrhundert, den franzoesischen Teil. 1960 begann sich die ökonomische Situation umzudrehen. Heute ist Flandern der reiche Teil und Wallonien der arme Teil Belgiens. Die sprachlichen und regionalen Konflikte endeten in einem 1993 begründeten föderalistischen Staat. Der belgische Föderalismus ist allerdings ein doppelter. Er besteht aus zwei Sprachgruppen (später drei mit einer deutschsprachigen Minderheit in Wallonien) und drei Regionen (Brüssel, Flandern und Wallonien), die insgesamt fünf subnationale Parlamente und Regierungen stellen. Diese ungeheure Komplexität des belgischen politischen System ist sicher ein Hauptgrund für Belgiens hohe Budget- und Anpassungsprobleme.

In allen drei Ländern sind die Dachverbände der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in konzertierten Aktionen und Sozialpartnerschaft eingebunden, sowohl untereinander als auch mit dem Staat. Die österreichische Sozialpartnerschaft ist die entwickeltste und stabilste von den Dreien (siehe Traxler 1997). Die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern

gilt als die "ausgewogenste". In Belgien ist der Staat auf Grund der großen Zerklüftetheit der belgischen Gesellschaft sowohl regional als auch ethnisch viel schwächer. Die belgischen Gewerkschaften hingegen zählen zu den stärksten außerhalb der skandinavischen Länder (siehe Ebbinghaus und Visser 1999). Aber sie sind stärker als in den Niederlanden mit den politischen Parteien verknüpft und zwischen politischen Parteien gespalten. Außerdem sind sie ständig unter den Druck, das Balancekunststück zwischen den belgischen zwei Sprachgemeinschaften und drei Regionen zu meistern. Aus vergleichender Perspektive sind die belgischen Arbeitgeber ziemlich schwach, mit wenig Einfluss auf Branchen und stark regional geteilt. In den Niederlanden ist es genau umgekehrt. Die holländischen Gewerkschaften wurden Mitte der 70er Jahre und Mitte der 80er Jahre stark geschwächt, während die niederländischen Arbeitgeberverbände sehr gut organisiert sind (Visser 1997). Alle drei Länder haben Lohnverhandlungen auf Branchenebene, aber in Österreich und den Niederlanden sind die Koordinierung der Lohnverhandlungen durch den Dachverband wesentlich stärker und intensiver als in Belgien (OECD 1997, Visser 1999). In Belgien hat der Staat die Rolle der Lohnverhandlungen übernommen, der unter dem "Damoklesschwert" von Dissens und Durchsetzungsproblemen operieren muss.

In der vergleichenden Literatur über europäische Wohlfahrtsstaaten rangieren Österreich, Belgien und die Niederlande als kontinentale, "Bismarck'sche", konservative oder christlich-demokratische Wohlfahrtsstaaten (siehe Esping-Andersen 1990). Bismarcks Idee, industrielle Konflikte zu vermeiden, indem man die Industriearbeiter gegen Risiko von Arbeitslosigkeit, Unfall und Alter absichert und dieses System durch zweckgebundene lohnabhängige Sozialversicherungsbeiträge finanziert, (durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber bezahlt), findet sich darinnen noch heute deutlich. Die Sozialversicherungsprogramme sind um den männlichen Brotverdiener orientiert, um den Ersatz seines Einkommens (Arbeitslosenversicherung, Altersvorsorge, Unfallrenten, Invaliditätsrenten). Um auch die traditionellen Familienmuster aufrecht zu erhalten und die Reproduktion der Industriearbeiter zu sichern, wurden auch spezielle Familienunterstützungen, die Mutterschaft und Vollzeithausfrauen absichern entwickelt. Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sind fuer die Überwachung und Administration der Sozialversicherungsleistungen miteingebunden. Diese Länder zeichnen sich aufgrund ihrer starken Familienorientierung darin aus, dass soziale Dienste sehr unterentwickelt sind (vor allem im Gegensatz zu den nordischen Ländern) und stattdessen ein Transfersystem haben (statt Kindergarten Familienbeihilfe, statt Altersheime Pflegegeld etc.) Auch aktive Arbeitsmarktpolitik nimmt nicht so einen hohen Stellenwert ein wie in den nordischen Ländern. Erst durch die nationalen Aktionspläne der Beschäftigung, wo es zusätzliche Gelder der EU für aktive Arbeitsmarktpolitik gibt, kann man einen Trendumkehr zu stärkeren Trainings- und Ausbildungsprogrammen feststellen.

5.2. Unterschiedliche Wirtschaftsdaten

Trotz vieler institutionellen Gemeinsamkeiten haben die drei Länder einen sehr unterschiedlichen Pfad wirtschaftlicher Entwicklung beschritten. Während es in Österreich gelang, die Arbeitslosigkeit niedrig und stabil zu halten und auch die Inflation zu kontrollieren, überstanden Belgien und die Niederlande den ersten Ölschock weniger gut. Während die österreichische Arbeitslosenrate stabil, obgleich leicht ansteigend verläuft, steigt die niederländische bis auf 12% in den 80er Jahren an und fällt dann. Die belgische überschreitet die niederländische in den 80er Jahren, steigt aber auch in den 90er Jahren weiter an. Gerade für A kontinentaleuropäische@

bzw. ABismarck'sche® Wohlfahrtstaaten ist die Arbeitslosenrate nicht sehr aussagekräftig. Denn diese Länder zeichnen sich dadurch aus, dass sie Beschäftigungsprobleme oft dadurch lösen, dass sie Arbeitslose in andere Bereiche der Sozialversicherung umschichten (z. B. in die Frühpensionierung oder Invaliditätsrente). Ein Vergleich der Beschäftigungsquoten der drei Länder zeigt, dass die Niederlande und Belgien einen deutlich geringeren Beschäftigungsanteil als Österreich haben. Die liegt darin begründet, dass Österreich von Anfang an eine höhere Frauenbeschäftigung aufwies als die beiden anderen Länder, wo verheiratete Frauen in den 70er Jahren praktisch nicht auf dem Arbeitsmarkt auftraten. Alle drei Länder haben aber die 80er Jahre mit einem deutlichen Rückgang der Beschäftigungsquote "überbrückt": Von den drei Ländern gelang es nur den Niederlanden, diesen Trend deutlich umzukehren und mehr Beschäftigung zu schaffen.

Alle drei Länder grenzen an Deutschland und Deutschland ist auch der Haupthandelspartner. Sie haben ihre Währungen schon in den 70er Jahren stark an die DM angelehnt, Österreich stärker als Belgien und die Niederlande.(was durch den größeren Anteil der Exportabhängigkeit Österreichs begründet sein mag).

Ein Vergleich der Inflationsraten der drei Länder zeigt, dass in den 70er und frühen 80er Jahren Österreich viel geringere Inflationsprobleme hatte als die anderen beiden Länder. Die Niederländer wiederum bekamen die Inflation schneller in den Griff als die Belgier. Alle drei Länder verfolgten eine restriktive Geldpolitik. Aber die Niederlande und Belgien erfuhren einen deutlich stärkeren Verlust an Wettbewerbsfähigkeit (gemessen als Index der relativen Arbeitsstückkosten in der Industrie) als Österreich. Während der österreichische Schilling und niederländische Gulden schon sehr früh an die deutsche Mark gebunden wurden, erfuhr Belgien zuerst eine sehr starke Abwertung des belgischen Franc 1982 und startete eine Hartwährungspolitik durch Bindung an die DM erst 1990. In den 90er Jahren lässt sich eine klare Konvergenz der Inflationsraten feststellen. Alle drei Länder erfüllten die Maastricht-Kriterien und traten 1999 dem Euro bei.

Österreich zeigt nicht nur eine bessere Leistungsfähigkeit was Inflationsraten und Stückkosten anbelangt, sondern auch das Budget erfuhr nie die massiven Ausweitungen wie in den anderen beiden Ländern. Es erreichte sein höchstes Budgetdefizit erst 1995 (-5% des BIP). In Belgien erreichte das Nettodefizit seinen Höhepunkt 1981 mit -12%, zeigt die größten Schwankungen und es gelang Belgien nur mit großen Schwierigkeiten das Maastrichtkriterium von -3% 1998 zu erreichen. Das Budgetdefizit der Niederlande erreichte seinen Spitzenwert 1982 mit - 6,6% und erzielte mittlerweile einen Überschuss ("negatives Budgetdefizit", wie es der niederländische Finanzminister gerne genannt haben will, um weitere Ansprüche an den Staat nicht aufkommen zu lassen). Die öffentliche Verschuldung stieg in allen drei Ländern bis in die 90er Jahre. Da Österreich 1970 eine sehr geringe Staatsschuld 1970 hat (19% des BIP) und Budgetüberschüsse hatte, war der Spielraum größer als in den beiden anderen Ländern. In Belgien war die öffentliche Verschuldung 1970 64 % und stieg bis auf 137% 1993. Seither sinkt sie, aber nur langsam. Die Niederlande begannen mit 52%, den Höhepunkt erreichte die Staatsverschuldung 1981 mit 81% und danach gelang eine Umkehr auf 71% 1999.

Von den Zielen des magischen Vierecks (Inflation, Arbeitslosigkeit, Leistungsbilanz, Einkommensverteilung) hat Österreich die Arbeitslosigkeit und Inflation am besten in den Griff bekommen. Dies allerdings auf Kosten der beiden anderen wirtschaftspolitischen Zielen. Die Leistungsbilanz wurde oft als "Ventil" für aufgestaute Probleme betrachtet. Eine starke beschäftigungssichernde Nachfrage äußerte sich oft in übermäßigen Importen.

Leistungsbilanzdefizite wären in den Niederlanden, einer Handelsnation seit dem 15. Jahrhundert, politisch inakzeptabel, so auch in Belgien, wo die enorm hohe außenwirtschaftliche Verflechtung (80% des BIP) ein sensiblerer Faktor ist als in Österreich (40 %).

Bezüglich Einkommensverteilung ist Österreich ungleicher als die beiden anderen Länder. 1993 etwa war das Verhältnis vom Einkommen des fünften Dezils der Einkommensbezieher zum ersten Dezils (D5:D1) 2 in Österreich gegenüber 1,54 in den Niederlanden und 1,43 in Belgien (siehe OECD 1996, S. 61). Einkommensunterschiede sind in Österreich sehr stark bedingt durch geschlechtsspezifische Branchenunterschiede bedingt. Branchen, in denen der Frauenanteil sehr stark ist, weisen deutlich niedrigere Einkommen auf als Branchen, in denen Männer dominieren (siehe Pichelmann und Hofer 1999). Auch der Anteil der Arbeitnehmer, die weniger als 2/3 des Medianeinkommens verdienen, war in Österreich höher (13,2%) als in den Niederlanden (11,9%) und in Belgien (7,2%) (siehe OECD 1996, S. 72). Belgien ist auch bezüglich des Mindesteinkommens hervorzuheben. In der Industrie etwa (gemessen als Prozentsatz des Medianeinkommens) weist es eines der höchsten Mindestlöhne auf (64%), im Vergleich zu 59% in den Niederlanden. In Österreich gibt es keinen gesetzlichen Mindestlohn, sondern nur Kollektivvertragsvereinbarungen, die nach Branche variieren und vor allem im Dienstleistungssektor besonders niedrig sind.

Zusammenfassend kann daher festgestellt werden, dass Österreich und Belgien fast Spiegelbilder zueinander sind. Österreich gelang es sehr gut, das Budget, die Inflationsrate, die Arbeitslosenrate in den Griff zu bekommen, Belgien hingegen die Einkommensverteilung und das außenwirtschaftliche Gleichgewicht. Die Niederlande liegen tendenziell im Mittelfeld. Und erst in den letzten Jahren schneiden die Niederlande besser als Österreich in den Arbeitslosenraten mit Österreich ab.

5.3. Die Rolle der Sozialpartner in Österreich

5.3.1. Österreich vor dem ersten Ölshock

Das gesamte österreichische Sozialpartnerschaftssystem ist sehr stark am (männlichen) Brotverdiener angelegt. Outsider des Systems waren die Konsumenteninteressen und die Interessen von Frauen und Ausländern. Österreichs Sozialpartner hatten niemals ein explizites Ziel, die Einkommensunterschiede zu verringern. Vollbeschäftigung, so argumentierten sie, ist die effektivste Einkommenspolitik (Guger 1998). Umverteilungspolitik wurde dem Staat mit seinem Transfer- und Steuersystem überlassen.

Dieses Selbstverständnis der österreichischen Sozialpartnerschaft erklärt die Dominanz des beschäftigungspolitischen Ziels, des Inflationsvermeidungszieles zu Lasten des Einkommens und außenwirtschaftspolitischen Ziels. Das Selbstverständnis der österreichischen Gewerkschaften war es immer, für die Gesamtwirtschaft verantwortlich zu sein und nicht bloß für die Lohnverhandlungen.

Die Lohnverhandlungen finden auf Branchenebene statt, sind aber üblicher Weise mit den Dachverbänden abgesprochen und koordiniert. Seit den 80er Jahren herrscht in Österreich die Lohnführerschaft durch die Metallarbeiter. Sie beginnen die Lohnrunde, dann kommen das metallverarbeitende Gewerbe etc. und so durch alle Branchen Österreichs durch. An den Lohnverhandlungen nehmen die Einzelgewerkschaften des ÖGB teil und die Fachverbände der

Wirtschaftskammer Österreichs (WKÖ seit 1992, vorher Bundeswirtschaftskammer). In Österreich besteht ein Kammersystem, wo alle Arbeitnehmer in der Arbeiterkammer (auf Bundes- und auf Länderebenen) verpflichtend Mitglied sind und alle Unternehmer in der Wirtschaftskammer Österreichs. Von Anfang an war der Dachverband der Gewerkschaft (Österreichischer Gewerkschaftsbund, ÖGB) darauf bedacht, Wettbewerb zwischen den Einzelgewerkschaften zu vermeiden, um kosteninduzierte Inflation zu verhindern.

Ein weiteres Spezifikum Österreichs ist die Tatsache, dass die Gewerkschaften sehr stark in Österreichs verstaatlichter Industrie organisiert waren. Rund ein Drittel der österreichischen Beschäftigten in den 70er Jahren waren entweder in der Verstaatlichten Industrie, in Bahn und Post, oder in öffentlichen Unternehmungen beschäftigt (siehe Guger 1998). Der hohe Anteil der Verstaatlichten Industrie nach dem Krieg war dadurch bedingt, dass die österreichische Regierung die Betriebe von der Konfiskation durch die Sowjets als deutschen Besitz retten wollte und nicht genügend privates Großkapital in Österreich vorhanden war. Den hohen Anteil an verstaatlichten Betrieben teilt Österreich innerhalb Europas nur mit Frankreich. Erst Mitte der 80er Jahre begann ein Abbau der Verstaatlichten Industrie, der in den letzten Jahren massiv ausgeweitet wurde. Das Vorhandensein der Verstaatlichten Industrie bedingte aber, dass Österreichs Schlüsselindustrien sehr stark gewerkschaftlich organisiert waren und auch eine wichtige Rolle in den 70er Jahren zur Erhaltung der Beschäftigung nahmen. Während die Privatwirtschaft Leute entließ, wurden sie in der Verstaatlichten Industrie erhalten.

Österreichs makroökonomische Politik nach dem Krieg war keynesianisch. Österreichs Wirtschaftspolitik zeichnet sich durch eine enorme Koordinierungsfähigkeit zwischen Geld-, Fiskal- und Lohnpolitik aus. Von den drei Ländern hat Österreich sicher die höchste Koordinierungsfähigkeit. Die Oesterreichische Nationalbank war teilweise im Besitz der Sozialpartner, der politischen Parteien und 50% in Händen des Staates. Dies gewährleistete eine akkordierte Abstimmung von Geld- und Wechselkurspolitik. Österreich fixierte seine Währung zuerst an den Dollar, dann an einen Währungskorb seiner Haupthandelspartner und trat 1971 in die europäische Schlange ein. Eine Niedrigzinspolitik der Nationalbank, um private Investitionen anzukurbeln und Kredite billig zu machen, war damals noch möglich, da Kapitalkontrollen den Kapitalabfluss verhinderten. Sparen wurde stark subventioniert, um genügend Kapital aufzutreiben. Es herrschte Vollbeschäftigung und das Budget war ausgeglichen oder sogar im Überschuss. Es herrschte Einigkeit zwischen allen politischen Parteien und den Sozialpartnern, dass die Hauptaufgabe nach dem Krieg die Wiederherstellung der nationalen Souveränität war. Dies beinhaltete gut funktionierenden Märkte, ein exportgesteuertes Wachstum und Vollbeschäftigung. Von Anfang an wurde das Modell sowohl auf angebots- als auch auf nachfrageseitige Erfordernisse abgestimmt, was es von anderen Ländern, die damals ausschließlich nachfrageorientierte keynesianische Politik betrieben, unterschied.

5.3.2. Der erste Ölschock B Ägemeinsame Fehler gemeinsam korrigieren"

Der erste Ölschock traf 1973 Österreich vollkommen unvorhergesehen. Die Lohnabschlüsse wurden noch unter einer sehr optimistischen Wachstumsprognose von +3,5% abgeschlossen, während dann eine Wachstumseinbruch von 2% erfolgte. Gemeinsam korrigierten die Sozialpartner aber den Fehler ueberhoehter Lohnabschluesse. Vollbeschäftigung hatte Priorität,

auch für die konservative Opposition. Die Regierung beschloss zwei Budgetüberschreitungsgesetze und weitete erstmals das Budgetdefizit stark aus. Der Inflationsdruck sollte durch eine Hartwährungspolitik der Oesterreichischen Nationalbank durch Fixierung des Schillings an die DM erfolgen. Man hoffte dadurch einen Import des niedrigen Preisniveaus von Deutschland nach Österreich. Die Lohnabschlüsse in den Folgejahren waren sehr zurückhaltend. Öffentliche Investitionsprogramme und indirekte Zinssubventionen sollten die privaten Investitionen ankurbeln. Insgesamt bestand dieses Modell, das später als "Austro-Keynesianismus" bekannt wurde, aus folgenden nachfrage- und angebotsseitigen Instrumenten (auf Vollbeschäftigung und Wachstum orientiert):

1. Budgetdefizite um die Nachfrage zu stimulieren
2. eine akkommodierende Geldpolitik der niedrigen Zinssätze um die privaten Investitionen anzukurbeln
3. Horten von Arbeit in der Verstaatlichten Industrie
4. eine Hartwährungspolitik
5. eine gemäßigte Einkommenspolitik der Sozialpartner.

Wie Tichy (1985) feststellte, war der Austro-Keynesianismus nicht ein traditionelles Nachfragemanagement, um antizyklische Politik zu betreiben, sondern eine langfristige Politik, um die Erwartungen mittels Einkommens- und Währungspolitik zu stabilisieren, die Wachstum und Investitionen ankurbeln sollten.

Österreich war eines der wenigen Länder, das den ersten Ölschock ohne große Einbrüche überstand und damit auch die Weichen niedriger Arbeitslosenraten für die Zukunft legte. Denn die Pfadabhängigkeit der Arbeitslosigkeit (Hysteresis) wurde ein Problem, mit dem viele anderen Länder wie z.B. Belgien in den späten 70er und frühen 80er Jahren bereits zu kämpfen hatten (s. auch Tabelle 3).

Die ökonomische und politologische Literatur heute beschäftigt sich sehr eingehend mit den Zusammenhang zwischen Lohnverhandlungsprozessen und der Abstimmung mit der Geldpolitik. Gerade Österreich aber ist ein Beispiel dafür, dass eine gelungene Koordinierung die Abstimmung dreier Gebiete erfordert: Geldpolitik, Lohnpolitik und Budgetpolitik. Es war gelungen, dem Stagflationsproblem der 70er Jahre zu entkommen und sowohl Arbeitslosigkeit als auch die Inflation niedrig zu halten. Der Preis, dafür eine mäßig defizitäre Leistungsbilanz und im Vergleich zu den anderen korporatistischen Staaten eine extrem ungleiche Einkommensverteilung -, die nie in Österreich thematisiert wurde, wurden auch in der internationalen Debatte nicht beachtet, als das "Modell Österreich" gefeiert wurde.

5.3.3. Das Scheitern der Politik des Durchtauchens in den 80er Jahren

Die gestiegene Mobilität des Kapitals bewirkte, dass der zweite Ölschock nicht mehr mit den selben Mitteln durchgetaucht werden konnte, wie der erste. Als die Oesterreichische Nationalbank auf den zweiten Oelschock 1979 wieder mit Zinssätzen unter dem deutschen Niveau die Krise durchtauchen wollte, verlor sie ein Drittel ihrer internationalen Währungsreserven. Dies war das "Ende der aktiven Nominalzinspolitik" (Winckler 1980) in Österreich. Der Schilling wertete um 2,5% gegenüber der DM 1979 ab (Tichy 1985: 500) und die Inflationsrate stieg von 1978 3,7% auf 6,8% 1981.

Es ist ein Spezifikum der österreichischen politischen Akteure, dass sie auf Grund der zwanziger Jahre Erfahrung mit Hyperinflation inflationäre Tendenzen extrem fürchten. Eine Abwertung wurde auch von den Gewerkschaften immer in Österreich abgelehnt (siehe z.B. Kreiskys Versuch, den ersten Ölschock mit einer Abwertung zu entgegnen, der von Gewerkschaftspräsident Anton Benya massiv abgelehnt wurde). Österreich sah sich plötzlich mit folgenden von Internationalisierung bedingten Problemen konfrontiert: Höhere Zinsen, Budgetdefizite, die mit diesen hohen Zinsen unter Probleme des Zinsendienstes kamen, niedrigere Wachstumsraten durch die hohen Zinsen und Investitionsverlangsamung und damit noch einmal ein Staatsschuldenproblem, da die Zinsdienste schneller wuchsen als das Wachstum des BIP und somit zu einer Explosion der Schulden durch BIP-Quote führten. Die Verstaatlichte Industrie versuchte nach wie vor als Ausgleich zur Beschäftigungsstabilisierung zu fungieren und hortete weiterhin Arbeit. Ältere Arbeiter wurden in Frühpension geschickt. Es gab sogar Sonderunterstützungszahlungen für ältere Arbeiter, die noch ein Jahr bis zur Pensionierung zu überbrücken hatten. Ausländer wurden nach Hause geschickt bzw. ihre Arbeitsgenehmigungen nicht mehr verlängert, dies war schwieriger als in den 70er Jahren, da nach einem Daueraufenthalt von 10 Jahren viele um die österreichische Staatsbürgerschaft angesucht hatten. Trotzdem gelang es, die Arbeitslosigkeit 1982 immer noch bei 3,5% zu halten, während sie in Belgien und den Niederlanden bereits 11-12% ausmachte. Deutlich sieht man diesen Trend am Fall der Beschäftigungsquote. Der Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung von 16-64 Jahren fiel 1979 68,5 auf 1983 63,5%: Dies bedeutet, dass zunehmend Menschen vom Arbeitsmarkt in andere sozialpolitische Sphären (Frühpension, zurück an den Herd, etc.) abgeschoben wurden. Vor allem entmutigte Frauen bleiben in Österreich zu Hause, wenn die Arbeitslosigkeit steigt (Hofer, Pichelmann 1988: 45), was bedeutet, dass Österreich eine extrem hoch elastische Arbeitsangebotskurve aufweist, die es nur mit der Schweiz gemeinsam hat (die Niederlande und Frankreich stellen den Gegenfall einer extrem unelastischen Arbeitsangebotskurve bezüglich Arbeitslosigkeit dar).

Die austrokeynesianistische Steuerung wurde immer schwieriger. Mit dem Verlust der Wahlen der Sozialistischen Partei Österreichs 1983 (die SPÖ verlor die absolute Mehrheit und formte ein Minderheitenkabinett mit der Freiheitlichen Partei Österreichs unter Norbert Steger). 1985 wurde der nicht länger existierende Austrokeynesianismus offiziell begraben, als Kanzler Sinowatz erklärte, dass die austrokeynesianische Politik des "Durchtauchens" nicht länger mittelfristig oder langfristig durchsetzbar sei, sondern eine Kurzfriststrategie (Seidl 1993: 146). Es war aber gelungen, die Konsequenzen der Internationalisierung zu verzögern und die steigende Arbeitslosigkeit um ein Jahrzehnt zu verschieben.

5.3.4. Die späten 80er Jahre B "Bremsen statt Gas geben"

Die neue Koalitionsregierung gab Budgetkonsolidierung Vorrang über der Vollbeschäftigung. Die Verstaatlichte Industrie belastete das Budget zunehmend. Die Stahlkrise, die Belgien bereits in den frühen 60er Jahren traf, wurde in Österreich erst in den 80er Jahren ein politisches Faktum. Die hohen Subventionen, die immer weiter ansteigenden Defizite der Verstaatlichten Industrie führten dazu, dass das Privatisierungstabu in Österreich durchbrochen wurde. Der österreichische Korporatismus war gewillt, der Privatisierungswelle und Internationalisierungswelle zuzustimmen, aber wie Gewerkschaftspräsident Verzetchnitsch es ausdrückte "Die wichtigste Person beim Bobfahren ist der Bremser". Jedoch auch die

Wirtschaftskammer Österreichs wollte eine langsame Privatisierung: "Bremsen lockern statt Gas geben" war der Slogan des Generalsekretärs Kehrer (Teufelsbauer 1986). 1987 wurden die Kapitalverkehrskontrollen abgeschafft. Die Steuerreform 1988 zeigte erstmals deutliche Signale an das Kapital. Die Körperschaftssteuer wurde massiv gesenkt (von 55 auf 30, später wieder 34%). Die Körperschaften wurden damit weniger hoch als in den USA (New York) (39%), den Niederlanden (35%) oder Belgien (39%) besteuert, was erste Anzeichen von Steuerwettbewerb nach unten waren. Die Steuerreform 1993 schaffte die Erbschaftsteuer ab und die Gewerbesteuer. Österreich versuchte, ein attraktiver Standort für internationale Unternehmungen zu werden.

Ein Spezifikum Österreich ist es allerdings, dass die öffentliche Beschäftigung bis Mitte der 90er Jahre weiterhin ausgeweitet wurde. Der Öffentliche Sektor, der 1970 8,9% der Beschäftigung betrug, weitete systematisch auf 1994 14,3% aus. Damit unterschied sich Österreich vom internationalen Trend und wies nur zusammen mit Frankreich dieses Muster auf. Sogar Länder wie Dänemark und Schweden hatten ihre öffentliche Beschäftigung schon früher gestoppt bzw. reduziert. Der Ausbau erfolgte vor allem durch die Länder und Gemeinden, wo ein Ausbau von Lehrern und der Gesundheitsvorsorge vorgenommen wurden. Auch die Kammern und die Sozialversicherungen und andere öffentliche Unternehmungen weiteten ihr Personal bis 1995 aus (siehe BMf Finanzen, Wien 1999, Personaljahrbuch).

Das weiterbestehende Beschäftigungsproblem wurde aber auch in den 80er Jahren ach wie vor durch Frühpension gelöst, obgleich die Pensionsreform 1985 erstmals Kürzungen der Leistungen vorsah.

5.3.5. Oesterreich 1990 B Auf nach Europa

Bereits 1960 hatte Österreich sich um eine EU-Mitgliedschaft beworben, scheiterte jedoch am Veto der Sowjetunion. Das Ende des Kalten Krieges und der Fall des Eisernen Vorhangs, hatten dieses Thema wieder aktuell gemacht. Nach anfängliche Kontroversen, einigten sich die Regierungsparteien und Sozialpartner einstimmig, Österreichs EU-Anwärterschaft zu unterstützen. 1992 machten die Soziapartner ein neues Abkommen, in dem sie z.B. den Preisunterausschuss in den Unterausschuss für internationalen Wettbewerb umfunktionierten und den Unterausschuss für internationale Angelegenheiten gründeten (Nowotny 1998). Damit signalisierten die Sozialpartner ihre Bereitschaft, sich mit Internationalisierung auseinander zu setzen. Nachdem die Sozialpartner beschlossen hatten, der Europäischen Union beizutreten, spielten sie eine entscheidende Rolle, die Öffentlichkeit und die Medien von der Wichtigkeit der Mitgliedschaft zu überzeugen. Auffallend im Vergleich zu anderen Ländern war es, dass man in der öffentlichen Diskussion kaum Gegenstimmen zur EU hörte (was sich vor allem von der norwegischen Diskussion enorm unterschied, wo die Gewerkschaften zum Boykott aufgerufen hatten). Die Volksabstimmung 1994 zeigte eine deutliche Pro-EU-Mehrheit von 66%. Österreich wurde damit am 1. Jänner 1995 Mitglied der Europäischen Union zusammen mit Schweden und Finnland. Die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion (Euro) und die Erfüllung der dazu erforderlichen Maastricht-Kriterien waren fuer Österreich, mit Ausnahme einiger Budgetprobleme, kein Problem.

In dieser Zeit lässt sich aber eine Veränderung des sozialpartnerschaftlichen Musters in Österreich feststellen. Die österreichischen Sozialpartner waren seit den späten 50er Jahren in fast jede wirtschaftspolitische Entscheidung mit eingebunden. Im November 1994 versuchte die

Regierung Vranitzky in Koalition mit der ÖVP ein Konsolidierungspaket ohne Zustimmung der Sozialpartner durchzusetzen. Die Sozialpartner hatten gegen das Paket protestiert, weil es sozial unausgewogen war und insbesondere Kürzungen bei den Frühpensionen, dem Karenzgeld vorsah und höhere Beiträge zur Gesundheitsversicherung, Kürzungen in der Familienbeihilfe, bei den Arbeitslosenauszahlungen und bei den Beamten vorsah. Als der Vorsitzende der Metallgewerkschaften demonstrativ das Verhandlungskomitee der SPÖ verließ, kam es zu starken Spannungen zwischen dem österreichischen Gewerkschaftsbund und der Sozialdemokratischen Partei Österreichs. Das Paket scheiterte, da ohne Zustimmung der Gewerkschaften es keine Chance einer Durchsetzung gehabt hätte. Die Regierung beschloss 1995 ein Sparpaket, das wesentlich weniger Kürzungen vorsah (Sparpaket I). Die Regierung war zwar mit ihren Vorhaben, ohne die Sozialpartner vorzugehen, gescheitert. Jedoch haben sich die Bedingungen der Kooperation verändert. Nun war es die Regierung, die die Richtlinien vorgaben und die Sozialpartner, die diese ausarbeiteten (Talos, September 1998). Der neue Vorschlag, den die Sozialpartner im September 1995 ausarbeiteten (Sparpaket II) überstieg die Vorschläge des ursprünglich von der Regierung geplanten Sparpakets. Es beinhaltete Ausgabenkürzungen von 34,5 Mrd. S (=4,9 Mrd.DM), Kürzungen in der Familienbeihilfe, Geburtenbeihilfe, Selbstbehalt im Gesundheitsbereich, strengere Regulierungen der Arbeitslosenunterstützung. Die Strukturanpassungsakte 1995 und 1996 erschwerten auch den Zugang zur Frühpensionierung, auch die Invaliditätspension folgte auf Grund striktere Kriterien.

Die Sozialpartner hatten deutlich ihre Vetoposition bekundet, aber sie spielten nicht mehr die Rolle des "Gate-Keepers", d.h. sie konnten die Themen nicht mehr vorgeben. Sie spielten eine im internationalen Vergleich herausragende Rolle als Vermittler zwischen Regierung und ihren Mitgliedern: in keinem anderen Land Europas wurden die Budgetkürzungen durch die Regierung mit so wenig Protest erwidert wie in Österreich. Sozialer Frieden und Konsens zeichneten österreichische Sozialpartnerschaft und Innenpolitik auch in den neunziger Jahren aus.

5.3.6. Eine Evaluierung des österreichischen "Alpenmodells"

Bezüglich makroökonomischer Leistungsfähigkeit war und ist das österreichische Modell ein Erfolg. Die Arbeitslosenraten sind unter den niedrigsten Europas (4,4 % 1999) und wurden erst jüngst von den Niederlanden unterboten. Die Inflationsrate ist niedrig, die Leistungsbilanz schwankt um den Nullpunkt, die Einkommensverteilung verschlechtert sich, ist aber immer noch kein innenpolitisches Thema. Sozialer Frieden und Stabilität sind so fest verankert, wie die österreichischen Alpen. (Schettkart 1999 nennt Österreich einen der vier europäischen Tiger (zusammen mit den Niederlanden, Dänemark und Irland) und betont den Anstieg der Beschäftigungsquote. Verwendet man allerdings statt der Labour Force Statistik den OECD Employment Outlook transformiert sich der Alpentiger bald in einen Papiertiger. Mit diesen für langfristigen Vergleich besseren Daten findet man einen kontinuierlichen Fall der Beschäftigung durch arbeitsfähige Bevölkerungsquote seit 1980). Die geschaffenen Arbeitsplätze waren zwar nicht genug, um den Anstieg im Arbeitsangebot durch höhere Bildung, Frauen auf dem Arbeitsmarkt und Immigranten zu absorbieren. Österreichs Beschäftigungsleistung liegt zwar unter dem OECD-Durchschnitt, ist aber deutlich besser als in allen anderen kontinentalen Wohlfahrtsstaaten (Niederlande, Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien), wenn man die Gesamtperiode betrachtet.

Von den traditionellen austrokeynesianischen Instrumenten ist nur noch die mäßige

Lohnforderung übriggeblieben. Doch in allen Erschütterungen der 80er und 90er Jahren blieb der österreichische Lohnverhandlungsprozess ein Pfeiler der Stabilität. Lohnverhandlungen sind nach wie vor stark auf der Branchenebene mit den Metallarbeitern als Lohnführer (Traxler 1997). Er ist in jüngster Zeit tauchen Probleme des Unterbietens von Kollektivvertragslöhnen usw vermehrt auf.

Die österreichische Sozialpartnerschaft hat immer noch eine starke Zustimmung. 1997 waren 60 % der Österreicher pro Sozialpartnerschaft, während nur 12 % klare Gegner waren (Talos und Kittel 1998: 9).

Durch den jüngsten politischen Wechsel in Österreich zu einer konservativen Koalitionsregierung zwischen Oesterreichischer Volkspartei und Freiheitlicher Partei Oesterreichs fehlt ein wichtiges Element der österreichischen Sozialpartnerschaft:: der Proporz. Oesterreichs Sozialpartnerschaft war fuer zwei grosse Parteien zugeschnitten - eine konservative und eine sozialdemokratische. Nicht ohne Grund war die Freiheitliche Partei daher immer ein Gegner der Sozialpartnerschaft und versuchte sogar eine eigene Gewerkschaft als Herausforderung an den Oesterreichischen Gewerkschaftsbund in den 1990er Jahren zu gruenden.

Die jüngste Privatisierungswelle, das Nichteinbeziehen der Gewerkschaften z.B. in die SozialB und Pensionsreformdebatte, das Übergehen der Sozialpartner durch unmittelbare Abstimmungen im Parlament ohne vorherige Bearbeitung in den sozialpartnerschaftlichen Gremien, sind deutliche Zeichen der Schwächung der Gewerkschaftsseite der Sozialpartner. Doch auch die Wirtschaftskammer Österreichs, die in Österreich die Lohnverhandlung führt, wird nicht umfassend einbezogen, obgleich die Ergebnisse mehr ihrer Vorstellung entsprechen als jener der Gewerkschaften. Auf europäischer Ebene wird die Wirtschaftskammer Österreichs als Kammer nicht anerkannt, da die EU nur freiwillige Interessensverbände akzeptiert.

Die österreichische Sozialpartnerschaft war immer für ein Zwei-Großparteinsystem (SPÖ-ÖVP) beide "Lager" waren katholisch. In den Niederlanden oder in Belgien hingegen waren immer mehr als zwei Parteien involviert. Der holländische sozialökonomische Rat besteht aus z.B. wesentlich mehr und mehr divergierenden Akteuren als der österreichischen Beirat fuer Wirtschafts- und Sozialfragen. Mit dem Aufkommen der FPÖ und ihrer Teilnahme in die Regierung, ist die österreichische Sozialpartnerschaft gefährdet. Ob es aber das Ende der Sozialpartnerschaft, der Fall des Dinosaurier (Crepaz 1995) ist, oder nur ein Midlife-Krise (Unger 1997) wird die Zukunft zeigen. Die Grundpfeiler der österreichischen Institutionen wurden bis jetzt noch nicht angegriffen.

5.4. Die Rolle der Sozialpartner in den Niederlanden

Staatliche Interventionen in den Lohnbildungsprozess begannen in der Kriegszeit, während der deutschen Belagerung. Zwischen 1945 und 1963, länger als in jeder anderen westlichen Demokratie, hatten die Niederlande gesetzlich fixierte Löhne (Die Ausfuehrungen folgen sofern nicht anders zitiert, Hemerijck/Unger/ Visser 2000). Kollektivvertragsverhandlungen bedurften der Zustimmung eines staatlichen Gremiums, das an Lohnrichtlinien des Sozialministers gebunden war. Diese jährlichen Lohnrichtlinien wurden mit den Dachverbänden der Gewerkschaften und Unternehmerverbände diskutiert und verhandelt. Die Lohnpolitik zerfiel in den sechziger Jahren unter dem Druck einer angespannten Arbeitsmarktlage. 1979 wurde die Verantwortung für Lohnverhandlungen den Gewerkschaften und Unternehmerverbänden zurückgegeben. Die Regierung behielt sich nur vor, vorübergehende Lohnstopps, Obergrenzen

für Löhne zu setzen oder Abkommen ungültig zu machen, wenn die ökonomische Situation es nicht zuließ. Die Gewerkschaften verließen darauf hin mit Protest den Sozialökonomischen Rat (SER). Auf Grund der angespannten Arbeitsmarktsituation, bezahlten die Firmen aber ohnehin Löhne über den gesetzlich fixierten.

5.4.1. Die holländische Krankheit

Nach dem Zusammenbruch der Bretton-Woods-Systems 1971, schlossen sich auch die Niederlande der europäischen Währungsschlange an. Eine harte Währung zu verteidigen, bedeutete, dass die holländischen Gewerkschaften Lohnzurückhaltung üben mussten, um eine Lohnpreisspirale zu verhindern. Der Zusammenbruch der Lohnverhandlungen und Lohnindexierung verhinderten dies. Die Niederlande waren vom ersten Ölschock nicht betroffen (dank eigener Gasexporte, obgleich das Land, da es Israel im Yom-Kippur-Krieg unterstützt hatte, von der OPEC nicht beliefert wurde) und hatte daher keine Leistungsbilanzprobleme. Ein Charakteristikum der Niederlande ist die stark egalitäre und solidarische Orientierung der Gewerkschaften. 1974 wurden der gesetzliche Mindestlohn und indirekt die Gehälter des öffentlichen Sektors und die Sozialversicherungsbeiträge, an die Lohnentwicklung des privaten Sektors angekoppelt. Auch die Mindestlöhne für Jugendliche waren indexiert und stiegen stark an. Seit den 60er Jahren enthielten die meisten Lohnabkommen automatische Steigerungsklauseln. Jede Erhöhung der Lohnzahlungen im privaten Sektor erhöhte über die Indexierung und Ankoppelung automatisch die Ausgaben des Öffentlichen Sektors und alle Sozialleistungen. Die Regierung wurde zum Gefangenen der Lohnverhandlungen des privaten Sektors. Die Lohnverhandlungen wurden aus diesem Grunde von Staat- Gewerkschaften und Unternehmerverbänden geführt (Hemmerijck 1995).

Die holländischen Gewerkschaften weigerten sich in den Folgejahren, auf die Indexierung zu verzichten, oder die Koppelung der privaten Löhne an die öffentlichen Löhne und Sozialversicherungsbeiträge aufzugeben. Die ansteigenden Budgetprobleme der Niederlande wurden mit der Erhöhung der internationalen Zinsen noch verstärkt. Die niederländischen Gewerkschaften versuchten auch, aus Solidaritätsgründen die Lohn dispersion zu verringern und niedrigere Lohnsteigerungen für höher bezahlte Angestellte zu verhandeln, aber dies rächte sich, als diese ihre eigene Gewerkschaft 1979 gründeten.

In den Niederlanden sind multinationale Konzerne sehr wichtig und ausgeprägt. 1976 wendeten sich die neun größten multinationalen Konzerne in einem offenen Brief an den Premierminister der Linkszentrums-Regierung PvdA (den Uyl) und forderten einen Wechsel des wirtschaftspolitischen Kurses der Regierung. Massive Kapitalabflüsse in den siebziger Jahren (von 2.3 bis 7.5 Milliarden Gulden zwischen 1972 und 1982) waren ein Zeichen, dass die Wirtschaft massiv einen Kurswechsel forderte. 1976 formulierte Duisenberg, der neue Finanzminister der den Uyl Regierung, eine Regel, wonach die gesamten Staatsausgaben jährlich nicht mehr als 1% des Volkseinkommens ansteigen dürfen. Auch die folgende Koalitionsregierung der Christlich Demokratischen Partei (CDA) mit den Konservativ Liberalen (VVD) gelang es nicht, die Gewerkschaften zur Aufgabe der Koppelung der Löhne an den privaten Sektor zu bewegen. Auf Grund der immer massiver werdenden Budgetprobleme, intervenierte die Regierung in die Lohnverhandlungen (entgegen ihrer eigenen Absichten) dreimal: 1979, 1980 und 1981. 1979 etwa waren die Gewerkschaften bereit, einem Zentralabkommen zu Lohnzurückhaltung gegen Arbeitszeitverkürzung zuzustimmen. Dieses scheiterte aber am Widerstand der eigenen Gewerkschaften, sodass FNV Gewerkschaftsführer

Kok seine Unterschrift zurückzog.

5.4.2. Das Abkommen von Wassenaar

Der Anstieg der internationalen Zinsen, die gesunkenen Gewinne, die Kapitalflucht resultierten in einem Anstieg der Arbeitslosenrate 1984 auf ihren Rekordwert von 14% . Die Gewerkschaften verloren 17 % ihrer Mitglieder, von den Uebriggebliebenen waren ein Viertel ohne Arbeit und nur auf Sozialleistungen oder auf Frühpension angewiesen. Das Budgetdefizit erreichte seinen Rekordwert von -6,6% 1982. Die Wahl 1982 hatte eine Austeritäts-Koalition der Konservativ- Liberalen hervorgebracht. Diese "no-nonsense" (kein Unsinn) Koalition, unter CDA-Führer Lubbers, drohte, auch ohne sozialpartnerschaftliche Zustimmung, zu regieren. Die Regierung verkündete, dass sie die Indexierungen 1983 aufheben würde, und gegebenenfalls auch zwangweise Arbeitsteilung vernehmen würde, wenn sich keine freiwilligen Maßnahmen zur Teilzeitarbeit finden lassen. Mit 10% Arbeitslosen, 14% in der Frühinvalidität, und 6 % im Krankenstand, waren die Gewerkschaften nicht in der Lage weitere Lohnkonflikte aufrecht zu erhalten. Im Abkommen von Wassenaar, das in der Stiftung für Arbeit (STAR) seit dem Sommer ausgearbeitet worden war, einigte man sich auf eine "kostenneutrale" Arbeitszeitverkürzung. Und für eine Aufgabe der Lohnindexierung. In weniger als einem Jahr wurden zwei Drittel aller Kollektivverträge erneuert, die meisten mit zweijähriger Laufzeit, ohne Inflationsangleichung, und einer 5% Arbeitszeitverkürzung. 1985 waren die Reallöhne um 9% gesunken. Die Regierung froh 1983 die öffentlichen Gehälter, die Mindestlöhne und die daran gebundenen Sozialleistungen ein und 1984 wurden sie sogar um 3% gesenkt. Folge war ein Streik der öffentlichen Gewerkschaften, aber die Regierung war entschlossen, die Kollektivverhandlungen der Löhne von den Staatsausgaben zu trennen. Die öffentlichen Löhne wurden von den privaten Löhnen abgekoppelt. Dies bewirkte, dass die Sozialpartner die Kosten der Stagflation nicht mehr zu Lasten des öffentlichen Sektors externalisieren konnten, sondern dass Lohninflation und Arbeitslosigkeit nun internalisiert werden mussten. Das Budgetdefizit sank von 1983 bis 1986 auf - 3%. 1983 wurde der holländische Gulden stark an die deutsche Mark angekoppelt, diese Hartwährungspolitik sollte ein deutliches Zeichen an die Gewerkschaften sein, dass keine weitere Wechselkursanpassungen mehr erfolgen würden.

Die Lohnverhandlungen wurden auf Branchenebene verlagert, die Sozialpartner wurden aber in den zentralen Dialog über einen breiten Politikbereich und Vielzahl von Themen miteingebunden. Die Dachverbände sollten die gesamtwirtschaftliche Lohnzurückhaltung koordinieren. Eine Erkenntnis der niederländischen Lohnverhandlungen war es, dass je höher der Konsens unter den Dachverbänden ist, desto reibungsloser die Branchenlohnverhandlungen erfolgen (Hertum-Lemmen und Wildhagen 1996). Seit 1982 fand keine politische Intervention in den Lohnverhandlungsprozess mehr statt. Es gibt zwar keine Tarifautonomie wie in Österreich oder Deutschland., aber die Sozialpartnerschaft, die nach dem Krieg bestanden hatte, war wieder hergestellt.

5.4.3. Wohlfahrtsstaatsreformen B die neunziger Jahre

Ziel sowohl von Regierung also auch der Sozialpartner war es, Beschäftigungsprobleme zu meistern. Reformen der Pensionsversicherung, Arbeitslosenunterstützung, Invaliditätsrenten wurden angestrebt und auch teilweise verwirklicht. Jedoch scheiterte die Sparregierung Lubbers-Kok 1994 an einem politischen Erdbeben. Sie verlor 32 von ihren 103

Parlamentssitzen. Grund fuer das Scheitern war, dass weiteren Pensionskürzungsplaenebekannt geworden waren. Ein neues Ankoppelungssystem der Löhne an die Sozialversicherungsbeträge wurde 1992 von den Sozialpartnern schriftlich vereinbart. Die Indexisierung der Minimallöhne und Sozialleistungen wurde an die Entwicklung der Gesamtsozialausgaben gekoppelt. Wenn das Verhältnis inaktives durch aktives Einkommen 82,8 überschritt, wurde die Indexisierung aufgehoben. Seit 1995 war dies nicht mehr nötig, da die Beschäftigung enorm stieg. Auch Reformen in der Invaliditätspension wurden vorgenommen (1 Million der 15 Millionen Niederländer sind invalid, darunter auch zig tausend Menschen im Alter von 35 Jahren). Auffallend an den niederländischen Gewerkschaften war es, dass sie Teilzeitjobs durch Kollektivverträge regelten. Eine Reihe von subventionierten Jobs, aktiven Arbeitsbeschaffungsprogrammen beschäftigten rund 2% der Arbeitnehmer und Dauerjobs im öffentlichen Sektor für niedrig Qualifizierte wurden geschaffen.

5.4.4. Eine Evaluierung des niederlaendischen Modells

Arbeitsmarktflexibilisierung war der wesentliche Bestandteil des holländischen Modells. Ein Recht auf Teilzeitarbeit wird derzeit im Parlament bearbeitet. Privatwirtschaftlich organisierte Arbeitsvermittlungsstellen wachsen ständig. 1995 unterzeichnete die Gewerkschaften den ersten Kollektivvertrag für Teilzeitarbeit, der das Recht auf kontinuierliche Beschäftigung und Pensionsversicherung nach 24 Dienstmonaten beinhaltet. 1996 wurde das Zentralabkommen über "Flexibilität und Sicherheit" geschlossen, das praktisch den Kündigungsschutz aufhebt. Dieses Abkommen kam mit 1.1.1999 in Kraft.

Der Trend war vollzogen: Lohnzurückhaltung, Teilzeitjobs, Ausbau der Dienstleistungen, enormer Anstieg des Anteils der Frauenbeschäftigung (obwohl immer noch unter österreichischem Niveau), Reform der Sozialversicherung, Innovationen in der Arbeitsmarktpolitik. Die Sozialpartner hatten beigetragen, die neoliberale Wende in den Niederlanden mit zu tragen. Die Tatsache, dass eine grundsatzlich egalitaere Einstellung in den Niederlanden besteht, dass es der protestantischen Ethik gemaess inakzeptabel ist, dass jemand kein Dach ueber demKopf oder kein Grundeinkommen hat, dass die Mindestabsicherung fuer In- und Auslaender deutlich hoeher als in anderen Laendern ist, macht dieses Modell sozial leichter vertraeglich als dies in Laendern der Fall waere, wo eine solche Grundabsicherung nicht besteht.

5.5. Sozialpartnerschaft in Belgien

Nach Verlust seiner Kolonien in Afrika 1960, gelang es Belgien - ohne eigene Gasressourcen - wesentlich schlechter, den Ölschock zu verkraften, als seinem niederlaendischen Nachbarn. Die Arbeitslosigkeit stieg von 100.000 im Jahre 1974 auf 228.000 im Jahre 1976. Ende der 1970er Jahre hatte Belgien mit Ausnahme Spaniens die höchste Arbeitslosenrate Europas mit dem drastischsten Anstieg. Die Industriebeschäftigung sank um 30%, trotz einer 11% Kürzung der Arbeitszeit. Das Wachstum des BIP halbierte sich. Ein drastischer Einbruch des Exportwachstums (von 11% auf 3%) folgte. Die Inflation stieg auf 8%, während die Arbeitslosigkeit weiter anstieg. 1981 betrug das Budgetnettodefizit B 12.7% des BIP, und erreichte damit den OECD- Rekord. Ende der 70er Jahre betrug die Arbeitslosigkeit 500.000 (10,2 %).

5.5.1. Die 70er Jahre B Belgischer Keynesianismus

Auch Belgien trat der Währungsschlange nach dem Zusammenbruch des BrettonWoods-Systems bei. Die Gründe waren ähnlich wie in den Niederlanden: da keine Lohnmäßigung von den Gewerkschaften zu erwarten war, sollte eine Hartwährungspolitik zumindest importierte Inflation reduzieren. Das Ergebnis waren aber eine Lohnstückkostensteigerung und ein starker Einbruch im Exportsektor durch die harte Währung.

Auch belgische Gewerkschaften waren wie ihr österreichisches Pendant sehr auf Wechselkursstabilität fixiert. Die Erfahrung der 1949er Abwertung hatte sie gelehrt, dass Abwertung unweigerlich zu Reallohnverlusten führt. Mittels keynesianischer Nachfragesteuerung, (Subventionen, Arbeitsbeschaffung des Öffentlichen Sektors, Subventionen an traditionelle Branchen und Großfirmen) sollte eine beschäftigungspolitische Kompensation für die Hartwährungspolitik erfolgen.

Belgien hatte 1973 bereits sehr veraltete Strukturen. Die Stahlkrise war bereits 1960, deutlich früher als in anderen Ländern, erfolgt. Die Nachkriegsprivatisierungsprogramme hatten vor allem amerikanisches Auslandskapital und Investitionen im Bereich der Öl- und Chemischen Industrie nahe der Küste, um dem Antwerpener Hafen und in der Transportindustrie angesiedelt. Ausländisches Kapital wurde zunehmend in das unterentwickelte rurale Flandern investiert, wodurch mittelfristig Wallonien hinter Flandern zurück blieb. 1970 war die Arbeitslosenrate in Wallonien bereits doppelt so hoch (5,1%) wie in Flandern (2,8%). In den 80er Jahren erreichten die Arbeitslosenraten in beiden Ländern zweistellige Zahlen (1989: 17,7% in Wallonien, 19 % in Brüssel, und 7,7 % in Flandern).

5.5.2. Zersplitterte Arbeitgeber und starke Gewerkschaften

Belgien beendete die 70er Jahre mit den höchsten Lohnstückkosten innerhalb der EU. Die belgischen Gewerkschaften waren der Auffassung, dass Lohnzurückhaltung nur die Nachfrage weiter dämpfen würde und die bestehende Arbeitslosigkeit erhöhen würde. Daher stiegen die Lohnforderungen auch in Zeiten von hoher Arbeitslosigkeit. 1974 war das letzte Zentralabkommen für lange Zeit zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaft unterzeichnet worden. 1974 fanden die Lohnverhandlungen ausschließlich zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern statt. Sie fanden auf Branchenebene statt und galten als ziemlich unkoordiniert. Im Gegensatz zu Österreich und den Niederlanden ist die Rolle der Dachverbände begrenzt. Sie haben wesentlich weniger Einfluss auf ihre Mitglieder als in den beiden anderen Ländern, da sie zwischen Branchen, Regionen und ideologischen Richtungen zerspalten sind. Die starke Zerspaltung der belgischen Gesellschaft findet sich sowohl in der sozialistischen Gewerkschaftsföderation (FGTB), als auch im Belgischen Arbeitgeberverband (FBE). Die Zentralorganisationen konsultieren sich regelmäßig im Nationalen Arbeitsrat (CNT), wo sie seit 1968 das Recht haben, verbindliche Abkommen zu verhandeln. Auf der Branchenebene werden kollektivvertragliche Vereinbarungen in rund 130 paritätischen Organisationen getroffen, und mit Ausnahme der chemischen Industrie, betriebliche Verhandlungen vor allem auf Nichtlohnaspekte reduziert. Fast alle Arbeiter (95 %) sind durch Kollektivverträge abgesichert. Die nicht Koordinierung der Lohnverhandlungen führte zu höheren Löhnen, steigender Arbeitslosigkeit und steigenden Sozialversicherungskosten. Die Gewerkschaften forderten höhere soziale Sicherheit, die Firmen Subventionen für die hohen Lohnkosten, beides ging zu Lasten des Staates. Bis 1981 scheiterten alle staatlichen Versuche, Gewerkschaft und

Arbeitgeberverbände zu Kürzungen zu bewegen. Die Arbeitgeber verweigerten eine Diskussion der Arbeitszeitverkürzung, die Gewerkschaften verweigerten Reallohnkürzungen, und die Regierung wollte die Hartwährungspolitik nicht aufgeben. 1982 bis 1986 wurden die freien Lohnverhandlungen ausgesetzt. Ideologische Kämpfe, wie sie 1968 in Frankreich stattfanden, (und in Österreich nie vorhanden waren), hatten auch in Belgien zu einer Radikalisierung der Gewerkschaften geführt und dazu, dass sich die Arbeitgeber ideologisch attackiert fühlten.

5.5.3. Die 80er Jahre B Unter internationalem Druck

In den frühen 80er Jahre war Belgien das einzige Land, das eine offizielle Empfehlung der europäischen Kommission, seine Staatsschulden probleme in den Griff zu bekommen, erhielt. Es sollte seine Lohnindexierung aufgeben, wenn es innerhalb des europäischen Währungssystems bleiben wollte. Unter diesem Diktat von außen, unterzeichneten B 48 Stunden vor der von der Regierung angekündigten Lohnstopps B die Sozialpartner ein Abkommen der Lohnzurückhaltung. Darin waren auch einige arbeitszeitverkürzende Maßnahmen vorgesehen. Im Gegensatz zum holländischen Abkommen von Wassenaar war dies jedoch kein freiwilliges Abkommen, sondern erfolgte unter dem Diktat von außen. Im Gegensatz zu Österreich fehlte so einem Abkommen ein starker Staat, dem beide Seiten vertraut hätten, die andere Seite bei Abgehen von dem Kompromiss zu verteidigen. Die große Zerklüftetheit der belgischen Gesellschaft, die Schwäche des Staates, heftige Debatten über den Föderalismus, verunmöglichten es, sich dem Beschäftigungs- und Lohnpolitikthema zu widmen. 1981 bildet CVP B Führer Martens das fünfte Regierungskabinett diesmal mit den Liberalen (zuvor mit den Sozialdemokraten) als Koalitionspartner, die die gesamte Legislaturperiode bis 1985 und auch danach an der Macht blieb. "Weniger Demokratie für eine bessere Ökonomie" war die Devise, die Martens als "unvermeidlichen Schritt zum wirtschaftlichen Aufschwung des Landes "und zur "Aufrechterhaltung der Industrie und Beschäftigung und Verhinderung deren Zerstörung" ansah (Hemerijck/Unger/Visser 2000: 237). Die Regierung regierte mittels Dekret, und holte sich vom Parlament Sonderzugeständnisse durch jährliche Vertrauensabstimmungen. Sowohl Parlament als auch die Kollektivvertragsverhandlungen wurden unter "präventiven Arrest" gestellt. Nach Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds und dem Ecofin wertete Belgien 1982 um 8,5% ab. Das war die höchste Abwertung, die je im EMS genehmigt wurde. Gesetzliche Lohnstopps, Budgetkonsolidierung, sollten die Abwertung begleiten und die Wettbewerbsfähigkeit belgischer Firmen wiederherstellen. Martens hat heimlich Absprachen mit den christlichen Gewerkschaftsführern getroffen, die seinem Programm Zustimmung gaben, falls diese Lohnstopps nur temporär seien und falls spezielle Einkommensschichten (niedrig bezahlte Arbeiter und Großfamilien) vor Einkommensverlusten geschützt werden. Die sozialistischen Gewerkschaften wurden trotz ihrer Streiks von der Regierung nicht berücksichtigt. Die Reallohnverluste zwischen 1982 und 1986 waren hoch, obwohl die Regierung die Mindestlöhne (Abkommen mit den christlichen Gewerkschaften) von den Lohnstopps ausgenommen hatte. Dies unterscheidet Belgien von den Niederlanden, wo auch der staatliche Mindestlohn gesenkt worden war, und die Lohnstruktur stärker differenziert wurde.

Belgiens Sozialversicherungskosten stiegen erheblich an, obwohl die Regierung die Arbeitgeberbeiträge (als Kompensation fuer die Lohnstopps) angehoben hatte. Dies vergrößerte die Budgetprobleme. Dies, obgleich Belgien die 80er Jahre bereits mit einer sehr hohen öffentlichen Verschuldung begonnen hatte. Die Defizite der Sozialversicherung, hatten

sich von 1970 bis 1980 verzehnfacht (von 26 Milliarden Belgischen Francs auf 274 Milliarden). Den größten Anteil daran hatte die gestiegenen Arbeitslosenversicherung. Ausgaben für Arbeitslosigkeit stiegen von 0,7 des BIP 1979 auf 5% 1985. Das Sparprogramm 1982 beinhaltete folgende Schritte:

1. Eine Differenzierung der Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung zwischen Alleinverdiener und Mehrverdiener. Letztere erfuhren eine Kürzung der Ansprüche.
2. Die Einführung von Abgaben für Frühpensionierung (Belgien hatte mit Ausnahme Luxemburg den geringsten Anteil der Beschäftigten der 60-65 jährigen, nur rund 32% der Männer arbeiteten).
3. Arbeitsteilung. Die sogenannte "5+3+3" Operation besagte, dass Gewerkschaften und Unternehmer 5% Arbeitszeitverkürzung gegen 3 % Lohnverzicht und 3% Beschäftigungssteigerung aushandeln sollten, andernfalls eine Zwangsabgabe auf Arbeitgeber für einen nationalen Beschäftigungsfonds eingehoben würde. Das Ergebnis war eine Reduktion der Arbeitszeit um 2,4%, und ein Nettobeschäftigungseffekt von 52.000 (ca. die Hälfte der Ziele der Regierung).

5.5.4. Die 90 er Jahre - die Euro-Anpassung

Mehrere spekulative Angriffe auf den belgischen Franc und die Einsicht in die Vorteile einer Anlehnung an eine starke Währung für exportorientierte Länder, veranlassen Belgien, in die erste Gruppe der Euro-Länder eintreten zu wollen und den Maastricht-Vertrag vom Dezember 1991 zu unterzeichnen. Martens siebentes Kabinett (1988-1991) erfolgte wieder in Koalition mit den Sozialisten. Lohnverhandlungen wurden wieder frei gestaltet, aber im "Schatten der Hierarchie", ein 1989 beschlossenes Gesetz über die Wahrung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmer, das es der Regierung erlaubte, ex post in die Lohnverhandlungen einzugreifen, wenn die Löhne schneller stiegen als im Durchschnitt der Haupthandelspartner (Deutschland, Frankreich und die Niederlande). Zweimal im Jahr trifft der Zentralökonomische Rat (CCE) zusammen, der aus Gewerkschaft und Arbeitgebermitgliedern und kooptierten ökonomischen Experten besteht und entwickelt Lohnrichtlinien. Die Dachverbände konnten zweijährige zentrale Abkommen, praktisch von der Regierung diktiert, treffen. Sie hatten kaum einen Einfluss auf die immer noch unkoordinierten Branchenverhandlungen. Dort gab die Gewerkschaft dem Einkommenserhalt Vorrang gegenüber der Beschäftigungserhaltung. Die Elastizität der Löhne auf Arbeitslosenraten ist in Belgien nur halb so hoch wie in Österreich (in Belgien sind 2% Arbeitslosigkeit nötig, um 1% Reallohnverzicht zu bewirken).

In den 90 er Jahren tauchten wieder die alten Wettbewerbsprobleme auf. Das internationale Vertrauen an den Franc blieb niedrig. Der aufkommende Föderalismus belastete das Budget. Die sogenannte freie Lohnsetzung wurde 1994 wieder beendet. Die Lohnverhandler wurden "unter Hausarrest gestellt". Die zweite Regierung unter Dehaene (1995 bis 1999) schlug wieder einen Pakt vor, diesmal "einen Pakt für die Zukunft der Beschäftigung". Die neue Regierung stand unter Druck von der EU und den Regionen. Auch dieses Abkommen scheiterte, weil die sozialistische Gewerkschaft (FGTB) nicht die Zustimmung ihrer Mitglieder-Organisationen bekam. Der Pakt enthielt Lohnzurückhaltung, eine maximale Arbeitszeit von 39 Stunden, einen gleitenden Übergang in die Pension und die Senkung der Arbeitgeber-Sozialversicherungsbeiträge.

Belgien zeigt in den 90 er Jahren eine hohe strukturelle Arbeitslosigkeit und zu geringe Beschäftigungen in privaten Dienstleistungen. Der schwache soziale Konsens und die

mangelnde Kapazität für Kompromisse schwächen die Politikmöglichkeiten. Die Lohnverhandler wurden unter direkte Regierungskontrolle gestellt. Trotzdem bleiben die Lohnkosten in Belgien hoch. Die OECD (1997 :1) stellte fest "der Lohnbildungsprozess ist ein ungelöstes Problem". Die belgischen Gewerkschaften haben erfolgreich die unteren Einkommen verteidigt. Der Preis für diese Politik ist allerdings eine geringe Streuung der Einkommen nach Branchen, Regionen und Qualifikation, bei großen Unterschieden bezüglich Arbeitslosigkeit, Arbeitsnachfrage und Produktivität. Die Vorliebe für passive Arbeitsmarktpolitik, die Belgien mit Österreich teilt, und die Kompensation von Einkommensausfällen durch Sozialversicherungsleistungen, erklären die geringe Arbeitsmobilität in Belgien (De Grauwe 1998).

Die Arbeitslosenversicherung ist in Belgien länger als in anderen Ländern, jedoch niedriger als z.B. in den Niederlanden (60% des letzten Gehaltes, nach 1 Jahr, danach 42% verglichen mit 70% in den Niederlanden für alle Erwachsenen). Die Arbeitslosenversicherung erstreckt sich aber auf einen größeren Kreis der Anspruchsberechtigten und hat eine nicht limitierte Laufzeit für ältere Arbeitnehmer, und ist nicht bedürftigkeitsabhängig (OECD 1994). Verheiratete Frauen empfangen eine kleine Arbeitslosenunterstützung, die oft als zweites Familieneinkommen bezogen wird, ohne dass ein Anlass besteht, weiter auf dem Arbeitsmarkt aufzutreten. Die Frauenarbeitslosenrate war 1983 dreimal so hoch wie jene der Männer. Unternehmen erhalten hohe Subventionen für Beschäftigung (60 Milliarden belgische Franc 1996. Nach Intervention der europäischen Kommission (gegen Wettbewerbsverzerrung) stehen diese Subventionen auch inländisch orientierten privaten Firmen zu (sie wurden zuvor nur an exportorientierten Firmen vergeben).

Es gibt kaum ein Land, in dem so viel Vorschläge zur Beschäftigungsstimulierung ausgearbeitet wurden wie in Belgien, und kaum ein Land in dem so wenige verwirklicht werden konnten. Die Verhandlungen auf Betriebsebene, was Arbeitszeit und Jobschaffung angeht (eine Anwendung über fünf plus drei plus drei Formel auf Firmenebene) werden von beiden Sozialpartnern mit Skepsis betrachtet. Die belgischen Arbeitgeberverbände fürchten die Stärke der Gewerkschaften auf lokaler Ebene und in Wallonien. Der sozialistische Gewerkschaftsverband möchte keine Dezentralisierung, weil er dem Gewerkschaftsvertreter in Flandern sonst vielleicht noch mehr Flexibilisierung zugestehen muss, Die Wallonischen Gewerkschaftsvertreter hingegen wollen vielleicht noch weniger Änderung als bereits erfolgt usw. Seit 1994 sind Branchenabkommen häufiger. Aber sie betreffen vor allem Frühpensionierung. Dies ist der einzige Punkt, wo Gewerkschaften und Arbeitgeber sich leicht tun übereinzustimmen, da dies eine Einigung zu Lasten Dritter, des Staates, erfolgt. Die belgischen Gewerkschaften sind B wie die österreichischen B gegen Teilzeitbeschäftigung. Denn Kündigungsschutz und Mindestlohn, sowie Urlaubsregelungen gelten nur für Halbtagsjobs, die mehr als ein Drittel des Ganztagsjobs ausmachen, und mindestens 3 Stunden täglich stattfinden. In den Niederlanden war der gegenteilige Trend festzustellen: reine Halbtagsjobs wurden im Status erhöht.

5.5.5. Evaluierung des belgischen Modells

Trotz aller Vorschläge origineller Ideen, tritt Belgien, wie ein Eichhörnchen im Rad, auf der selben Stelle. Es gibt kein zweites Land, wo 5 Minister für Arbeit der nationalen, regionalen und kommunalen Ebene sich um Beschäftigungsfragen und Ressourcen kümmern. Die Subventionierungsschemata haben eher dazu geführt, dass Arbeiter auf niedriger qualifizierten

Jobs hängen bleiben, anstatt sich weiterzubilden. Doch alle Aenderungsvorschläge scheiterten am Widerstand der Sozialpartner. Viele Vorschlaege waren kurzfristig angelegt oder hängen von komplizierten Implementierungsprozedere ab. Es fehlt eine gemeinsame wirtschaftspolitische Vorstellung zwischen den politischen Parteien, zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden und der Bevölkerung, wie Arbeitsmarktteilnahme erhöht werden kann. Über die Ursachen der Beschäftigungskrise und ihrer Therapien herrschte zwischen den Sozialpartnern keine Einigung. Die belgischen Gewerkschaften hielten am Keynesianischen Nachfragemanagement laenger als irgend ein anderes Land fest. Sie verweigerten Lohnquotensenkungen, Reallohnkuerzungen und standen damit gegen den internationalen Trend. Dies in einer der offensten, exportorientiertesten Volkswirtschaften Europas. Belgiens gesamtwirtschaftliches Modell kann nicht als erfolgreich gelten, weil zu viele Ziele des magischen Vielecks unerreicht blieben und grosse Probleme in die Zukunft transferiert wurden. Es kann aber als Beispiel gesehen werden, dass starke Gewerkschaften die Internationalisierung und den Uebergang zu monetaristischen oder neokonservativer Wirtschaftspolitik deutlich verzögern koennen. Ob sie ihn auch verhindern koennen, wird die Zukunft zeigen.

6. Sozialpartnerschaft in Irland

Irland hatte Beschäftigungsprobleme in den 70er und 80er und 90er Jahren, hohe Inflation, hohe Budgetdefizite, die erst in den 90er Jahren abnahmen, und hohe Leistungsbilanzdefizite. Erst in den 90er Jahren gelang die Trendumkehr, die sehr oft auf den "keltischen Verhandlungsstil", der sich in dieser Zeit entwickelte, zurückgeführt waren. Vom Akeltischen Tiger® der 1990er Jahre spricht die Literatur euphorisch (Schettkat 1999). (Die Ausfuehrungen folgen George Taylor 1999, wenn nicht anders zitiert). Die irischen makroökonomischen Daten zeigen von allen EU-Ländern die höchsten Schwankungen im Zeitraum 1970 bis 1999 auf. Irland erhielt in den 1920er Jahren seine Unabhängigkeit von Großbritannien und war in der Nachkriegszeit ein typisches Auswanderland. Der hohe Anteil der Landwirtschaft (1979: 16,6% der Beschäftigten) wurde in Europa nur von Spanien und der Türkei übertroffen. Der Anteil der Landwirtschaft 1996 war mit 6%, mehr als doppelt so hoch wie in den Niederlanden. Die Arbeitslosenrate betrug 1970 5,8% und stieg bis 1993 kontinuierlich auf 15,7% an. Seitdem ist eine Trendumkehr zu vermerken. Irland hat eine sehr junge Bevölkerung, was sich auch in der sehr hohen Arbeitslosigkeit der 15 bis 24 jährigen niederschlägt. Sie hatte ihren Höchststand 1993 mit 25%, 1996 betrug die Jugendarbeitslosigkeit 18,2% in Irland. Im Vergleich dazu: 20,5% in Belgien, 12,1% in den Niederlanden, 6,9% in Österreich und enorme 32% in Italien. Die öffentliche Verschuldung als Prozent des BIP erreichte ihren Höchstwert 1987 (117,6%) und kam nahe an die belgischen Verhältnisse. Die hohen Budgetdefizite der 80er Jahre (1982 B13,4% des BIP) wurden Mitte der 90er Jahre in einen Budgetueberschuss (1997: 0.9% des BIP) umgedreht. Keines der anderen hier beschriebenen Länder hat eine so massive Umkehr in der Budgetpolitik erlebt. Sozialversicherungsbeiträge blieben unverändert. Grundsteuern wurden massiv gesenkt. Auch die Einkommenssteuer wurde massiv gesenkt. Irland wurde zur Steueroase, insbesondere für amerikanische und japanische Firmen.

Irland trat 1979 zusammen mit Großbritannien der EU bei. Es ist bis heute einer der grossten Nettosubventionsempfaenger der EU. Sein Vorteil als Standort mit englisch sprechender junger hochqualifizierter Bevölkerung machte es zum attraktiven Land für die Ansiedlung von auslaendischen Großbetrieben. Das ursprüngliche Auswanderland wurde allmaehlich zu einem Einwandererland . Inin den 90er Jahren. kehrten viele Emigranten nach

Irland zurück. Irland erfuhr eine starke Ausweitung der Exporte. Seit 1989 stiegen die Exporte in der Höhe von 10% Punkten jährlich an, während sie in vielen anderen Ländern stagnierten oder sanken (in Belgien, Niederlande, Großbritannien, Österreich, Italien). Die irische Handelsbilanz in Prozent des BIP weist einen Überschuss von 1995 20,6% auf. Dies ist einmalig innerhalb der europäischen und auch in anderen OECD-Länder. Die Leistungsbilanz insgesamt (inkl. Dienstleistungen und Transfers) betrug 1997 1,6% des BIP. Damit liegt Irland immer noch besser als der OECD-Durchschnitt. Die Einkommensverteilung ist für europäische Verhältnisse eher ungleich und entspricht jener der Südländer, sowie jener Großbritanniens und der USA.

6.1. Anders als Grossbritannien

Zusammen mit Dänemark, den Niederlanden und Österreich wird Irland als einer der vier europäischen "Tiger" genannt. Es hat einen anderen Weg als Großbritannien eingeschlagen. Für den irischen Erfolg sind sozialpartnerschaftliche Abkommen auf nationaler Ebene essentiell gewesen. Während in Großbritannien in den 80er Jahren Margaret Thatcher die Gewerkschaftenstruktur zerschlug, versuchte man in Irland, eine "akzeptable Art" der Ressourcenaufteilung zu definieren und Ressourcen auf eine akzeptable Art zu verteilen. Sozialleistungen stiegen nur in der Höhe der Inflationsraten. Abwechselnd Zentrumsrechts- und Zentrumslinksparteienkoalitionen erlebten den Aufholprozess der irischen Wirtschaft und den Zufluss amerikanischen multinationalen Kapitals.

Irland hatte wie viele anderen Länder auch industrielle Konflikte in den späten 60er Jahren erlebt. Das irische Gewerkschaftssystem ist sehr zersplittert, hat einen sehr geringen Zentralisationsgrad usw.. Die Regierung schlug als Reaktion auf die Konflikte ein nationales Lohnabkommen und ein nationales Understanding (NU) mit Arbeitgebern und Gewerkschaften in den 70er Jahren vor. Diese Abkommen dauerten bis 1980. Eine der größten Gewerkschaften (SIPTU) machte den Vorstoß, die Lohnpolitik auch durch soziale und ökonomische wirtschaftspolitische Bestandteile abzusichern. Gewerkschaften waren sich voll bewusst, dass Lohnsteigerungen leicht durch eine Budgetpolitik, die die Arbeitnehmer steuerlich belastet, verloren gehen konnten. In den frühen 80er Jahren scheiterte dieser Versuche am Widerstand der Regierung, die auf Grund der politischen Instabilität und Wirtschaftskrise Verhandlungen mit den Gewerkschaften abbrach.

Die Unternehmerseite war mehr an einer dezentralisierten Lohnverhandlung und an einer Orientierung der Lohnverhandlungen an der lokalen Arbeitsmarktsituation oder auf Firmenebene interessiert als an makroökonomischen Arrangements.

Das Programm für nationalen Aufschwung (Programm for National Recovery PNR) 1987 und das Programm für ökonomischen und sozialen Fortschritt (Programm for Economic and Social Progress PESP 1990) waren ein neuer Vorstoß zu nationalen Verhandlungen. Das PNR wurde inmitten der Krise der Staatsfinanzen bei einer Staatsverschuldung von 117% des BIP entwickelt. Ziel war es, die Staatsverschuldung auf 96,5% 1990 zu reduzieren. Es beinhaltete aber auch Steuerreformen zu Gunsten der Arbeitnehmer. Nationale und sozial ausgewogene Lohnverhandlungen spielten in dem neuen Programm (PESP) so wie bei der Restrukturierung der Angebotsseite eine große Rolle. Die Einführung einer lokalen Verhandlungsklausel (Klausel 3) erlaubte es dem Management, Lohnverhandlungen an die lokale Arbeitsmarktsituationen anzupassen, bei gleichzeitiger Lohnzurückhaltung auf der Makroebene. Als Gegenleistung für die Einführung von Klausel 3 konnten die Gewerkschaften Produktivitätsverbesserung, Regionalisierung, Kooperation bei der Einführung von neuen Technologien, etc. vereinbaren. Sie

konnten daher verstärkt auf der Firmenebene mitbestimmen. Firmen mit Finanzierungsproblemen (festgestellt durch das Arbeitsgericht, und die Kommission für Arbeitsbeziehungen) erhielten während großer Nachfratgeausfälle oder Währungskrisen eine Atempause[®]. Eine Umfrage der *Industria Relations News* (IRN) von 1992 zeigte, dass als Gegenleistung für Klausel 3 eine starke Flexibilisierung des Arbeitsmarktes erfolgte. Halbtagsbeschäftigung, Gelegenheitsarbeiten, Arbeit auf Zeit, Subverträge stiegen deutlich an. Wochenendarbeiten, Schichtarbeit, Überstunden wurden ebenfalls geändert. Aus der Streikstatistik ist zu entnehmen, dass die Streikhäufigkeit damit deutlich sank. Während in den 80er Jahren (1982-1987) 737 Streiks mit 2.130.000 verlorenen Arbeitstagen stattfanden, waren es 1988-1993 292 Streiks mit 758.000 verlorenen Arbeitstagen. Die Kombination von Arbeitsgericht und von nationalen Arbeitsbeziehungen konnten in den 90er Jahren rund 80% alle Streitfragen zwischen Management und Gewerkschaften lösen.

Irlands Problem der 90er Jahre war, dass trotz hohen Wachstums der Beschäftigung, die Zunahme des Arbeitsangebots noch stärker wuchs. Probleme der langfristigen strukturellen Arbeitslosigkeit nahmen zu. Vor diesem Hintergrund begannen die Sozialpartner neuerliche Verhandlungen über ein drittes Abkommen: das Programm für Wettbewerbfähigkeit und Arbeit (Program for Competitiveness and Work PCW). Es sah vor allem nationale Verhandlungen vor und enthielt keine Einrichtungen für lokale Verhandlungen. Das Programm war stark von der Währungskrise Irlands 1982 und 1983 geprägt, Die Arbeitgeber befürchteten zu hohe Lohnforderungen auf lokaler Ebene und damit eine weitere Gefährdung der Währung (Oriordan 1996). Das PCW sah eine Reihe von aufeinander erfolgenden Lohnzahlungen vor. Innerhalb der Jahre 1994 bis 1996 sollte der Grundlohn von 2% 1994 auf 2,5% 1995 und 2,5% 1996 ansteigen. Sollte 1996 ein erfolgreiches Jahr sein, wurde ein zusätzliches 1%-Erhöhung vereinbart. Hauptziel des PCW war es aber, die Steuern auf die Arbeitnehmer zu reduzieren. Das steuerfreie Einkommen für Niedrigverdiener wurde ausgeweitet. Dies war aber nur eine Kompensation von früheren, zu geringen Anhebungen.

Irland erreichte die Maastrichtkriterien (2,2% des BIP-Nettodefizits) leicht. Trotz Austeritätsprogrammen gelang es, durch hohe Exportsteigerungen Wachstumsraten von 6,5% zwischen 1994 und 1996 zu erzielen. 1994 war ein Rekordjahr mit nur 25.000 verlorenen Arbeitstagen. Durch das PCW-Abkommen erhöhte sich die Arbeitsplatzdynamik enorm.

6.2. Eine Evaluierung des Irischen Modells

Irlands Erfolg ist innerhalb der EU aussergewöhnlich. Es war ein Nachzügler, mit hohem Agraranteil, es hat eine junge Bevölkerung, während viele europäische Länder das Problem der Überalterung haben, es erlebte einen enormen Zustrom an Auslandskapital, mit dem Beitritt zur EU 1979 auch einen starken Zufluss von EU-Subventionen. Der Aufholprozess ausserte sich in hohen Exportwachstumsraten, während andere Länder schon einen Exporteinbruch erfuhren. Irlands sozialpartnerschaftliches Modell ist - da es nach dem angelsächsischen Muster geprägt ist - mit jenem der korporatistischen Länder zuvor kaum vergleichbar. Auffallend ist aber, dass - während in vielen anderen Ländern nationale Verhandlungen zerbrechen, scheitern oder schwieriger werden - sie in Irland erst beginnen. Auch auffallend ist die hohe Bedeutung von Verhandlungen auf Firmenebene. Während in den drei zuvor genannten Ländern Verhandlungen auf Firmenebene eher skeptisch betrachtet werden, da sie zu einem Zerfall der nationalen oder Branchenverhandlungen führen, scheint man in Irland darin einen grossen Vorteil der Flexibilität, des gewerkschaftlichen Mitspracherechts und der

Anpassungsmöglichkeiten an Krisen zu sehen. Irland setzt daher weiterhin auf Verhandlungen auf Firmenebene.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit scheint diese Taktik zu genuegen, aber die große Ungleichheit Irlands wird dadurch nicht beseitigt. Irland war das zweitärmste Land Europas. Von den in dieser Studie angeführten Ländern ist es das europäische Land mit der größten Einkommensungleichheit. Der Gini-Koeffizient ist 33 (s. Tabelle 1) und wird nur noch von den USA uebertroffen.

Das neue Programm "Partnership 2000" zielt auf eine Reform des öffentlichen Sektors ab. Es sieht wieder einen Ausbau der Betriebsebenenvereinbarungen vor. Zu diesem Zweck wurde das nationale Zentrum für Partnerschaften gegründet. Ein weiteres Organ, das nationale ökonomische und soziale Forum, soll Ungleichheiten verhindern. So unterschiedlich die irischen Erfahrungen von denen der anderen Länder sind, so zeigt sich doch, die größere Bereitschaft zu Kompromiss und nationalen makroökonomischen Abkommen. Der Erfolg des keltischen Tigers scheint - neben der Tatsache eines Aufholprozesses mit höheren Wachstumsraten, einer internationaler Unterstützung durch Subventionen und Auslandskapital im kombinierten Verhandlungsstil auf nationaler Ebene gekoppelt mit der Betriebsebene zu liegen. Dass selbst das nationale Arrangement im anglo-sächsischen Stil B mittels flexibler Betriebsvereinbarungen erfolgt B beinhaltet Ungleichheiten, die andere Länder nicht akzeptieren würden..

7. Sozialpartnerschaft in Italien

Während die meisten, europäischen Länder in der Nachkriegszeit eine Blütezeit erlebten, wurde Italien als "der kranke Mann Europas" angesehen (die folgenden Ausführungen folgen, sofern nicht anders zitiert, Ferrera und Gualmini 2000). Dies hatte sowohl politische als auch ökonomische Gründe: eine scharfe ideologische Spaltung des Landes, eine chronische Instabilität der Regierungen, eine ineffiziente Bürokratie, eine ungleiche sozioökonomische Entwicklung im Norden und Süden des Landes, organisiertes Verbrechen und chronische Staatsverschuldung sind die bedeutendsten davon. In den 90er Jahren gelang es allerdings, Italiens makroökonomische Daten soweit hinzutrimmen, dass ein Eintritt in die Europäische Währungsunion und zum Euro 1998 mit den anderen kerneuropäischen Ländern möglich war. Niemand hätte es für denkbar gehalten, dass Italien seine Staatsfinanzen und instabilen politischen Verhältnisse so schnell umstrukturieren kann. Denn eine Abstimmung der makroökonomischen Daten erfordert in der Regel eine stabile Politik und eine kohärente abgestimmte Wirtschaftspolitik, zwei Dinge, die fehlten. In den 90er Jahren gab es aber nicht nur den Euro-Beitritt, sondern eine Reihe anderer institutioneller Innovationen.

Italien scheint der Ausnahmefall zu sein: Während andere Länder sich der Internationalisierung anpassen mussten und darunter litten, war für Italien der internationale Druck der eigentliche Aufschwungsfaktor. Denn die italienische Krankheit war da, lange bevor die Globalisierung startete. Die großen Internationalisierungsschübe der 80er Jahre haben in Italien nicht die schwerwiegenden Folgen an Beschäftigung und Einkommensverteilung gehabt wie in anderen OECD-Ländern. Im Gegenteil, die italienischen Arbeitnehmer scheinen vom Internationalisierungsprozess profitiert zu haben. Außerdem war der Druck von außen ein Stimulator, für den enormen Qualitätssprung in Italiens institutionellen Anpassungsfähigkeit. Wie Maurizio Ferera und Elisabeta Gualmini (2000: 352) es ausdrücken "Es gelang Italien in einen echten 'Staat' zu transformieren".

7.1. Die 70er Jahre

Nach dem zweiten Weltkrieg erlebte Italien wie viele andere Volkswirtschaften ein erhebliches Wachstum. Das Pro-Kopf-Einkommen stieg zwischen 1950 und 1970 um das 2,5 fache. Das Wachstum war exportgesteuert, die großen Industrien Norditaliens haben sich sehr schnell modernisiert und der öffentliche industrielle Sektor wurde im Rahmen der keynesianischen Wirtschaftspolitik auch ausgebaut. Auch die Klein- und Mittelbetriebe konnten sich sehr gut in den ausländischen Märkten etablieren.

Das Wirtschaftswunder, sein Wohlstand und von 1968 an neue, erhitzte soziale Konflikte führten zu einer raschen Veränderung des italienischen Wohlfahrtsstaats. Eine große Pensionsreform und die Ausweitung der Arbeitslosenversicherungen erfolgten bis in die 70er Jahre. Insbesondere das italienische Gesundheitssystem wurde ausgebaut. Der italienische Wohlfahrtsstaat erfolgte nach Bismarck'schen Prinzipien der Sozialversicherung, und enthielt großzügige auf Einkommen bezogene und vollindexierte Sozialleistungen. Zu Beginn der 50er Jahre war Italien ein Agrarland, mehr als 40% der Arbeitskraft war im primären Sektor beschäftigt. 1970 beschäftigte der Agrarsektor immer noch 20%. Bezüglich der Arbeitslosenabsicherung wurden die *ammortizzatori sociali* (Sozialschockabsorber) ausgebaut. Sie enthielten vor allem passive Arbeitsmarktleistungen für Arbeitslose. Drei Elemente spielten insgesamt für die soziale Absicherung der Arbeitnehmer eine große Rolle: Die Verbesserung der Auszahlung der Arbeitslosenversicherung, die Institutionalisierung der Arbeitsbeziehungen durch die Arbeiterstatuten und das Ansteigen der Gewerkschaftsmacht. Es gab das allgemeine Arbeitslosenversicherungssystem, ein Extraschema für kurzfristige Arbeitslosigkeiten (*Cassa integrazione guadagni ordinaria*) und ein zentralisiertes Arbeitsmarktservice. Die Arbeiterstatuten 1970 regelten, dass Arbeitgeber nur mehr begrenzte Rechte hatten, die Gewerkschaftsaktivitäten zu unterdrücken. Die individuellen kollektiven Arbeiterrechte in den Fabriken wurden anerkannt und erweitert. Das Gesetz bezog sich auf Unternehmen ab 15 Angestellten. Es verstärkte auch die Anwesenheit der Gewerkschaften in den Betrieben. Nach den großen Streiks und den Konflikten des heißen Herbstes in den 60er Jahren verdoppelten sich die Mitgliedschaften der Gewerkschaften. Zwischen 1968 und 1975 stieg die Mitgliedschaft der katholisch orientierten Gewerkschaft (CISL) von 1 auf 2,5 Mio., die kommunistisch orientierte Gewerkschaft (CGIL) wuchs von 2 auf 4,5 Mio.. Bis in die 80er Jahre überholte Italiens mit einer Gewerkschaftsmitgliedschaft von 44% jene der Niederlande (33,8%), Deutschland (34%) und den EU-Durchschnitt (38%).

Das Hauptproblem ist das Nord-Südgefälle in Italien. Obwohl große Finanzströme in den Mezzogiorno durch die Zentralregierung gelenkt wurden, gelang es dem Süden nicht aufzuholen. Die Arbeitslosenrate im Süden war 4,9% 1970, während sie nur 2,3% im Norden war. 1979 war die Arbeitslosigkeit im Süden auf 11% gestiegen und im Norden auf 6,2%. Aber nicht nur das Nord-Südgefälle, auch die politische Teilung des Landes wurde immer stärker. Die Konflikte zwischen kommunistischer Partei und den Regierungskoalitionen, die starken sozialen Konflikte und das Aufsteigen von Terrorismus waren nur wenige sichtbare Symptome davon.

7.2. Die 5 Sünden des italienischen Wohlfahrtsstaates

Ferrera und Gualmini (2000:357) sprechen von fünf Sünden des italienischen Wohlfahrtskapitalismus:

Erstens: Das Alter wurde zu Lasten von anderen Säulen der Sozial Sicherung gefördert (vor

allem Familien, soziale Dienste und Armutsbekämpfung wurde vernachlässigt). Italien wurde von Esping-Andersen als der "Pensionistenstaat" schlechthin bezeichnet und übertrifft damit sogar Österreich. Die Reformen 1969 hatte die großzügigsten Sozialleistungen der westlichen Welt für Alter eingeführt (70% des vorherigen Lohnes nach 35 Jahren ohne Mindestalter oder 80% des vorherigen Lohnes für Männer mit 60 und Frauen mit 55 Jahren). Man konnte also in Italien mit 50 Jahren bereits regulär in Pension gehen, wenn man mit 15 Jahren zu arbeiten begonnen hatte. 1980 waren die Ausgaben für Pensionszahlungen bereits siebenmal höher als für Familienleistungen: Mit Ausnahme Griechenlands war dies der höchste Anteil in der EU.

Auch in der Beschäftigung gab es eine große Spaltung. Die Beschäftigten im Kernsektor (Industrie) waren weit mehr abgesichert als jene im peripheren Sektor (nur halbregrulierte Jobs und Arbeitslose). Jene Arbeiter, die Anspruch auf Arbeitslosenversicherung hatten (mindestens 2 Jahre regelmäßig beschäftigt waren), waren gut abgesichert. Industriearbeiter und Beamte gehörten zu dieser Gruppe. Die anderen Gruppen (junge Leute, Frauen etc.) waren Outsider des Arbeitsmarktes und hatten es sehr schwer, einzusteigen und waren auch nicht abgesichert. Die Sozialkonflikte der 70er Jahre hatten auch starke Reallohnsteigerungen und eine Lohnindexierung zur Folge (scala mobile), die wieder zum Vorteil der Insider und zu Lasten der Outsider erfolgten.

Im heißen Herbst war es der Anspruch der Gewerkschaften, die Kontrolle über die Lohndynamik auszuweiten. Sie versuchten die Lohnunterschiede zwischen den verschiedenen Arbeitergruppen zu verringern und mehr Arbeitsschutz für die weniger geschützten Arbeiter auszubauen. Größerer Egalitarismus war in der Tat typisch für diese Periode. Insbesondere wurden die "Lohnkäfige" 1969 abgeschafft. Dieses System basierte auf einer geografischen Verschiedenheit von Mindestlöhnen. Diese "Käfige" aufzugeben stieß auf heftigen Widerstand der Unternehmer. Anfangs waren es vor allem die öffentlichen Firmen und danach die Klein- und Mittelbetriebe, anschließend auch die Confindustria, die nachgaben.. Damit wurde der Weg geöffnet für nationale zentralisierte kollektive Lohnverhandlungen, die Gegner bis heute noch als die Hauptursache fuer die Rigidität des italienischen Arbeitsmarktes ansehen.

1975 haben die nationalen Gewerkschaften und die Confindustria ein Abkommen unterzeichnet, das ein neues System der Lohnindexierung mit den Industriearbeitern vorsah. Fuer jeden prozentuellen Anstieg der Inflationsrate, sollten die Löhne um einen bestimmten Betrag (den sog. punto unica di contingenza) ansteigen. Damit wurden die niedrigeren Löhne stärker angehoben als die hohen. Diese neue "scala mobile" verhinderte zwar Lohnaushöhlungen durch die Inflation, war aber auch eine Anreiz für einen Lohn-Preis-Lohn-Spirale. Auf die erste Sünde der "allokativen Verzerrung in Richtung Alten", folgte die "zweiten distributiven Verzerrung", durch die Lohn-Preis-Spirale. Die dritte Sünde war die Ausweitung der öffentlichen Defizite. Während viele anderen Staaten die Steuern erhöhten, trieb Italien eine keynesianische Wirtschaftspolitik allein mit Ausgabensteigerung. Die Ausgaben waren aber vor allem Transfers und Subventionen und nicht öffentliche Investitionen, sodass das Defizit 1975 im ersten Ölschock bereits 11,4% des BIP betrug. Die vierte Sünde war die institutionelle "Weichheit". Der Zugang zu Sozialprogrammen war je nach Druck, Disziplin, Effizienz der Bürokratie, Bestechlichkeit usw. verschieden. Der Anteil der Invalidenpension stieg drastisch. Zwischen 1960 und 1980 verfünffachte sich diese Summe.

Die letzte und fünfte Sünde war die geringe Effizienz öffentlicher Dienstleistungen. Der öffentliche Apparat und das Budget wurden für opportunistische Zwecke nach dem "Patronats-System" verwendet. Ein riesiger Bürokratieapparat arbeitete mit sehr geringer Leistung und Erfolg.

7.3. Die 1990er Jahre - Rettung von aussen

Die großen Veränderungen in Italien erfolgten eigentlich erst in den 90er Jahren. Insbesondere die großen Firmen zeigten einen auffallend großen Anstieg der Arbeitslosenraten in den 90er Jahren. 1983 und 1984 hatten die nationalen Gewerkschaften mit den nationalen Arbeitgeberverbänden und dem Arbeitsministerium einen sozialen Pakt unterzeichnet, der Einkommenspolitik, Fiskalpolitik und Anreizpolitik umfasste. Im Gesetz Nr. 863 von 1984 wurden drei neue Instrumente (Arbeitsteilungsabkommen (=Solidaritätskontrakte, Trainingskontrakte und Teilzeitarbeit) festgelegt. 1986 wurden weitere aktive Arbeitsmarktpolitiken für neue Firmen, Kooperativen geregelt. 1992 und 1993 versuchten die Regierungen von Amato und Ciampi Non-Stopp-Verhandlungen mit den Gewerkschaften unter dem wachsenden Druck der Confindustria durchzuführen. Das Amato-Abkommen vom Juli 1992 und das Ciampi-Abkommen von 1993 schafften erstens die *scala mobile* nach 50 Jahren ab. Zweitens erfolgte eine Reform der Kollektivvertragsverhandlungen. Eine klare Trennung von nationaler Ebene und Firmenebene wurde vorgenommen (Vorher gab es ein chaotisches Überlappen der Ebenen). Einheitliche Standards für die Festlegung von Löhnen in den einzelnen Branchen wurden festgelegt. Drittens wurde ein neues System der Einkommenspolitik geschaffen. Der sogenannte "soziale Pakt" für ökonomische Entwicklung wurde zwischen dem neuen Premierminister D'Alema 1998 mit 30 Organisationen und Interessenvertretern unterzeichnet. Man einigte sich damit auf einen kooperativen korporatistischen Stil der Politik. Mit diesem Abkommen wurden Arbeitsmarktreformen, Teilzeitarbeit, Ausbildungssysteme etc. ausgebaut. Das bedeutete eigentlich das Ende des Staatsmonopols fuer Arbeitsmarktdienstleistungen. Damit wurden die alten Ministerien abgebaut und die Regionen bekamen eine sehr starke Funktion für die Arbeitsmarktregulierung. 1997 herrschte eine große Debatte über die 35-Stunden-Woche, von Frankreich inspiriert, scheiterte aber. Die Reform der Reformen 1992 galten vor allem der Anhebung des Pensionsalters auf 60 fuer Frauen und 65 Jahre fuer Maenner und anderen Pensionsreformmassnahmen. Eine Fülle von Reformen folgten, um das Budget zu sanieren.

7.4. Eine Evaluierung des italienischen Modells

Zu Beginn der 90er Jahre hatte das italienische Parteiensystem eine große Veränderung erfahren. Das Bekantwerden von Korruptionen führte zu Misstrauen in die etablierte Elite. Unter dem Titel "saubere Hände" (*mani pulite*) wurden Steuerhinterziehungen und Parteienfinanzierungen aufgedeckt. 1993 wurde ein neues Wahlsystem, das auf Mehrheitswahlrecht setzte, eingeführt. Zum ersten Mal regierten zwei große Parteien, was das Ende des ungeschriebenen Gesetzes, die Kommunisten außerhalb der nationalen Exekutive zu halten, (*conventio et excludendum*) bedeutete. Das war sicher auch ein Ergebnis des Endes des kalten Krieges. Eine gestiegene Professionalität und Managerfunktion der Politiker, die Pensionsreform 1997, etc. waren Ergebnisse von sozialen Verhandlungen.

Auffallend ist die enorme Popularitaet Europas in Italien. Um das Budget zu sanieren, wurde z.B. eine Europasteuer eingefuehrt, die es ermoeeglichen sollte, die Maastricht-Kriterien fuer das Budget zu erreichen. In welchem anderen Land haette man Leute dazu bewegen koennen, einer Steureinfuehrung zuzustimmen, um Mitglied der Wirtschafts- und Waehrungsunion zu werden? Auch in den Eurobarometerumfragen zeigt sich Italien als eines der Europaeuephorischsten Laender. Mit dieser hohen Popularitaet, der sich die EU erfreut, gelang es offensichtlich, jene politischen Reformen und institutionellen Veraenderungen

herbeizufuehren, die es aus sich heraus nicht zustandegebracht hat. Die starke ideologische Spaltung des Landes zwischen Kommunisten und Nicht-Kommunisten ist durch den Wegfall der Mauer verringert worden.

Die Frage ist, wie stabil dieses neue Modell sein wird. Es braucht den Druck von außen. Die Entwicklung des Südens muss fortschreiten. Die Mitgliedschaft der EU, und vor allem des Euro, sind für Italien sicher eine einmalige Chance, die nötigen Reformen unter dem Druck von außen durchzuführen.

8. Sozialpartnerschaft in Schweden und Dänemark

Die zwei nordischen Länder Schweden und Dänemark haben einen fast gegenläufigen Trend in ihrer Entwicklung vollzogen. Während das schwedische Modell in den 70er und 80er Jahren internationale Beachtung fand, gilt Dänemark in den 90er Jahren als das "Wunder". Zu dieser Zeit weist Schweden große Probleme auf. Beide Länder zeichnen sich durch eine sehr hohe Einkommensgleichheit aus und durch eine hohe Anzahl steuerfinanzierter sozialer Dienstleistungen, die für alle zur Verfügung stehen (universeller Wohlfahrtsstaat). In anderen Punkten sind die beiden Länder aber verschieden. Die Sozialstruktur, das politische System, das Vollbeschäftigungsziel, die Industriestruktur und die Organisation von industriellen Beziehungen unterscheiden sich.

Nach dem Krieg baute Schweden eine Großindustrie mit hoher Konzentration der Eigentüemer und mit gut organisierten Arbeitgeberverbänden auf. Unter sozialdemokratischer Führung und mit stark zentralisierten Gewerkschaften entwickelten sich gut organisierte Arbeitsbeziehungen. Der Wirtschaftspolitik gelang es, ökonomisches Wachstum, Vollbeschäftigung und soziale Absicherung gut zu kombinieren. Eine funktionierende Industrie wurde als Vorbedingung für Vollbeschäftigung in Schweden gesehen.

Dänemark hat niemals das "Goldene Zeitalter" im gleichen Ausmaß erlebt. Die Nachkriegszeit begann arm, mit hoher Arbeitslosigkeit und niedrigen Wachstumsraten und die Umorganisation der dänischen Industrie erfolgte viel später als in Schweden. Dänemark hatte eine stark landwirtschaftliche Tradition und eine nur wenig entwickelte Schwerindustrie, die auch weniger staatlich reguliert war. Kleine Betriebe und bäuerliche Interessen in Dänemark standen der Arbeiterbewegung und dem Großunternehmen in Schweden gegenüber.

In den 70er und 80er Jahren hielt Schweden am Vollbeschäftigungsziel fest während Dänemark Mitte der 70er Jahre davon abwich. In den 90er Jahren bekam Schweden allerdings große Budgetprobleme und die Arbeitslosenraten stiegen an. Dies zu einem Zeitpunkt, wo das "Dänische Wunder" in den 90er Jahren begann.

8.1. Unterschiede im schwedischen und daenischen Nachkriegsmodell

Die schwedische Industrie war bereits im späten 19. Jahrhundert stark internationalisiert. In den 60er Jahren betrug die industrielle Beschäftigung bereits 40% der Gesamtbeschäftigung. Wichtige Industrien waren: Papier und Pappe, Chemie, Eisen und Stahl, Nahrungsmittel und Textilien. 80% der Gesamtbeschäftigten der Industrie waren in Unternehmen mit mehr als 10 Beschäftigten tätig.. (Die Ausführungen folgen, sofern nicht anders zitiert, Benner und Vad 2000). Nach 1965 weitete der öffentliche Sektor seine Beschäftigung enorm aus, er beschäftigte 700.000 Leute, das sind 20% der gesamten Arbeitskraft. Der stark regulierte Kapitalmarkt, der von Eigentümern, wie der Wallenberg-Familie

dominiert war, spielte für den Aufbau der Industrie eine große Rolle. Eigentümer-Familien waren für die Langfristorientierung der Unternehmen verantwortlich. Die Wirtschaftspolitik verfolgte einen policy mix, der als Rehn-Meidner-Modell bekannt wurde: (benannt nach den zwei Ökonomen der Gewerkschaft LO Gösta Rehn und Rudolf Meidner). Es bestand aus restriktiver Geldpolitik und Finanzpolitik, Löhnen, die an Arbeitszufriedenheit, nicht an Profitabilität orientiert waren und aktiver Arbeitsmarktpolitik.

Vollbeschäftigung und Arbeitsmarktmobilität waren die Hauptpfeiler der schwedischen Arbeitsmarktpolitik. Der Rehn-Meidner-Modell der Lohnbildung und der aktiven Arbeitsmarktpolitik waren hier beispielgebend. Die Zentralisierung der Lohnverhandlungen begann zwischen LO und SAF 1956. Sowohl Angestellte und Arbeiter als auch Arbeitgeber waren sehr gut organisiert. Die Gewerkschaftsdichte erreichte Ende der 60er Jahre 80% für die Arbeiter und 60% für die Angestellten. Die Arbeitgeberorganisation SAF umfasste Gesellschaften, die rund 90% der Gesamtarbeitskraft beschäftigten. Auf nationaler Ebene wurden die Lohnsteigerungen festgelegt. Auf Sektorebene wurden Stundenlöhne und Überstundenregelungen festgelegt. Auf regionaler Ebene konnten auch Ausnahmen erzielt werden. Ausnahmen auf regionaler Ebene und damit verbundene regionale Lohndrift führte oft zu Lohnsteigerungen: rund 50% der Gesamtlohnsteigerungen gingen auf lokale Lohnueberbietungen zurück.

Der öffentliche Sektor erhielt Kollektivvertragsverhandlungsrecht erst in den 60er Jahren und spielte eine geringe Rolle. Das Pensionssystem wurde in den 60er Jahren reformiert. Eine Basispension, die für alle Bürger gleich ist und steuerfinanziert (jetzt durch Beiträge existiert). Das Pensionsalter war 67 Jahre bis 1975. 1960 wurde eine zweite Säule, die von der Länge der Arbeitszeit abhängt, eingeführt. Sie wird durch Beiträge finanziert. Die dritte Säule ist eine Arbeitsmarktpension, die von den Arbeitsmarktparteien verhandelt wird. Sie unterscheidet zwischen den verschiedenen Angestellten und öffentlich und privat. Die vierte Säule ist eine Privatpensionsversicherung. Sozialer Wohnbau war ebenfalls sehr wichtig in Schweden. In den 60er Jahren begann dann der Ausbau der öffentlichen Beschäftigung. 1965 und 1980 verdoppelte sich die öffentliche Beschäftigung von 700.000 auf 1,4 Mio. Ein enormer Anstieg der Frauenbeschäftigung erfolgte in dieser Zeit.

Die institutionelle Stärke des schwedischen Modells basierte erstens auf der Stärke der sozialdemokratischen Regierung, zweitens auf der Hegemonie der Arbeiterbewegung in schwedischer Politik, drittens auf dem Verhandlungsdiskurs der Arbeitsmarktparteien, viertens auf der konsensualen Politik und fünften auf der ideologischen und normativen Stabilität der Arbeitergesellschaft. Die Sozialdemokratische Partei ESP hatte entweder eine stabile Alleinregierung oder stabile Koalitionen, Vollbeschäftigung und Arbeitsmarktsicherheit dominierten die Interessen aller.

Während Schweden auf Grosskapital und Grossindustrie aufbaute, war Daenemark ein Agrarland. Die starke Agrarstruktur, die damit verbundenen diversifizierten Eigentümer, die geringe internationale Orientierung, die hohe Anzahl von Familienbetrieben unterschieden es stark von seinem Nachbarn. Die dänische Leistungsbilanz war chronisch im Defizit von 1960 an. Wachsende Auslandsverschuldung wurde aber als notwendig angesehen, um die Modernisierung der Industrie zu finanzieren. Die dänischen Produkte waren wenig wettbewerbsfähig. Die dänische Zentralbank war nicht so mächtig wie die schwedische. Die Sozialdemokratie in Daenemark war nie so stark wie in Schweden.

Das chronische Leistungsbilanzdefizit, das irgendwie finanziert werden musste, verhinderte langfristige Pläne. Niedrige Zinsen und hohe Budgetdefizite, also

keynesianische Elemente, hätten die Leistungsbilanz weiter gefährdet. Hohe Zinsen wiederum belasteten das Budget. Der dänische Wohlfahrtsstaat wurde vor allem aus allgemeinen Einnahmen des Budget finanziert. Sozialversicherungsbeiträge waren sehr gering. Schnell wurde auf Privatversicherung umgestellt. Die dänische Steuerbelastung stieg enorm an über den europäischen Durchschnitt (von 26% auf 44% zwischen 1960 und 1970).

Kollektive Vereinbarungen regelten die Beschäftigungssituation und Lohnstandards schon in den 1960er Jahren. Der Staat sah sich als Garant für Arbeitsschutz, für Gesundheit am Arbeitsplatz und für Arbeitssicherheit. Er mischte sich hingegen weniger in Belange des Arbeitsmarktes ein als in Schweden. Dänemark hatte im Gegensatz zu Schweden keine aktiven Arbeitsmarktmaßnahmen. Die Löhne waren hoch. Auch die Arbeitslosenversicherung in Dänemark war vor allem für niedrige Einkommensgruppen sehr hoch. Gute Arbeitslosenabsicherung wurde als Tausch für die liberalen Kündigungsregelungen von beiden Parteien angesehen. Die Löhne wurden alle zwei Jahre nach nationalen Verhandlungen zwischen Arbeitgebervereinigung DA und dem Dachverband der Gewerkschaft LO verhandelt. Es wurde daran bis 1990 nichts verändert. Gewerkschaften verwalteten die Arbeitslosenfonds. Die dänische Lohnpolitik war nie sehr zurückhaltend. Die Löhne waren über dem OECD-Durchschnitt. Mit einer hohen Frauenbeteiligung und Halbzeitjobs war Dänemark in den 70er und 80er Jahren führend in Europa.

Das dänische Lohnverhandlungssystem wurde als zentralisiert bezeichnet, aber im Gegensatz zu Schweden gab es große Konflikte. Die Lohnsetzung erfolgte in mehreren Schritten. 1. Direkte Verhandlungen zwischen den einzelnen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Falls diese sich nicht einigten, wurde dies 2. an LO und DA delegiert. Falls diese sich nicht einigten, ging der Konflikt 3. zu einem staatlichen Mediator. Dieser hatte drei Wochen Zeit, um Einigung zwischen den Parteien zu erzielen, bevor 4. ein Streik oder eine Aussperrung begann. Falls dies nicht erfolgreich war, konnte 5. die Regierung sich einschalten. Fast jede Verhandlungsrunde endete mit einem Mediator oder staatlicher Intervention.

8.2. Schwede nach den internationalen Schocks

In Schweden bewirkte der erste Ölchock, dass die Rolle der Exportindustrie als Lohnführer erstmals in Frage gestellt wurde. Lohnzurückhaltung wurde durch Steuersenkungen erkaufte. Die Schwerindustriekrise wurde mit zahlreichen staatlichen Subventionen aufgefangen. Die Abwertungen der Währung 1976/77 sollten die Exportindustrie wieder wettbewerbsfähig machen.

Anfanglich gelang diese Strategie. Die Arbeitslosenrate, die bis 1980 auf 4% angestiegen war, erfuhr eine Trendumkehr. Auch die Staatsverschuldung, die 1980 bereits 60% des BIP und das Nettodefizit, das 1980 -7% des BIP erreichte, konnten bis 1987 sogar in einen Budgetüberschuss umgewandelt werden. Die Beschäftigungsquote erreichte 80%, die höchste in Europa. Die Inflation lag im OECD-Durchschnitt. Die Abwertungs politik und die damit für die Beschäftigung erforderliche Lohnzurückhaltung, gekoppelt mit einem Anstieg der öffentlichen Ausgaben, sowie eine aktive Industriepolitik hatten die 80er Jahre erfolgreich überwunden. Die Sozialdemokraten, die 1982 an die Regierung kamen, hatten auf exportgesteuertes Wachstum gesetzt. Der "dritte Weg" zwischen keynesianischer inlandsorientierter Nachfragesteuerung und Thatcher's Monetarismus zeichneten das schwedische Erfolgsmodell aus. Eine 16% Abwertung, niedrige Stückkosten waren

erfolgreich. Die Lohnzurückhaltung wurde auch von den Gewerkschaften (als Begleitmassnahme zur Abwertung) akzeptiert. Die Gewerkschaften forderten keine Kompensation fuer die Reallohnverluste durch Abwertung und Inflation. Das zentralisierte Lohnverhandlungssystem brach aber langsam zusammen. Die multinational exportorientierten Gesellschaften innerhalb der Arbeitgeberverbände forderten eine Dezentralisierung der Lohnverhandlungen. Mitte der 80er Jahre erfolgte eine Deregulierung der Banken, der Kapitalmärkte, ohne dass aber das Steuersystem dazu reformiert wurde. Dies machte Kredite, die steuerlich absetzbar waren, sehr attraktiv für Haushalte und Gesellschaften und erhöhte den Konsum, aber auch die Anfaelligkeit des Finanzsystems. Der neuerliche Boom in den 80er Jahren resultierte in hohen Lohnsteigerungen (10%) und Lohnsteigerungen im öffentlichen Sektor von 25%. Die Inflationsrate stieg auf 10%, die Leistungsbilanz kam ins Defizit, eine Lohninflationsspirale begann.

In den 90er Jahren erfolgte ein Umschalten in Richtung niedriger Inflation und fiskalischer Zurückhaltung, um die Exportwirtschaft wieder anzukurbeln. Die Maastrichtverträge zeigten ihre Wirkung. Vor Abwertung wurde von nun an zurückgeschaut und eine massive Steuerreform erfolgte 1990. Sie sollte das schwedische Steuersystem an die internationalen Steuergegebenheiten der USA, Englands und Dänemarks angleichen. Die Währung wurde nach mehreren Spekulationswellen gegen die schwedische Krone an den ECU angebunden. Das EFTA-Land Schweden bewarb sich um EU-Mitgliedschaft. Eine Lohnverhandlungsgruppe (FHG), die aus Mediatoren und früheren Arbeitsmarktparteien bestand, wurde 1990 eingesetzt. Sie verhandeln in Zwei-Jahresverträge mit mäßigen Lohnsteigerungen, eine Aufhebung der Lohnindexierung, eine Reduzierung der Lohndrift, während die zentralisierten Lohnverhandlungen vollkommen zusammengebrochen waren. SAF schloss sein Büro. Steuererhöhung, Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge und Kürzung der öffentlichen Ausgaben erfolgten 1994, als die sozialdemokratische Partei SAP die Regierung übernahm. Die Zentralbank wurde unabhængig. (die Reform erfolgte 1998 und war ein Maastrichterfordernis). Die aktive Arbeitsmarktpolitik, für die Schweden berühmt, war, war bereits Mitte der 80er Jahre ausgehöhlt worden und nahm systematisch ab. 1990 macht sich dies in einem drastischen Anstieg in der Arbeitslosigkeit bemerkbar. Budgetkürzungen kamen zum Vorschein. der schwedische Wohlfahrtstaat, der an einer maximalen Arbeitsmarktpartizipation orientiert war, um seine Finanzierung zu sichern, war den steigenden Arbeitslosenraten nicht mehr gewachsen. Eine Pensionsreform erfolgte 1997. Nicht mehr Lohnsummensteuern, sondern Zwangsabgaben (18,5% des Lohneinkommens) sollten die Finanzierung sichern. Im internationalen Vergleich ist der schwedische Sozialstaat aber immer noch hoch abgesichert und stabil in seiner Finanzierung.

Schwedens Familienstruktur und Großbetriebe haben die Internationalisierung und Deregulierung der Kapitalmärkte nicht gut überstanden. Der Zusammenbruch der zentralisierten Lohnverhandlung, Schwächung des Exportssektor haben zu einem Zusammenbruch des schwedischen Modells geführt. Wie weit diese Trennung in Zukunft fortgeschritten werden kann ist in der Literatur umstritten.

8.3. Dänemark nach den internationalen Schocks

Dänemark bestand aus Kleinfamilien und einem hohen Agrarsektor. Die dänischen Industrie war dem Wettbewerb ausgesetzt. Staatliche Firmen waren in einer geringeren Anzahl vorhanden als in Schweden. Die Löhne der Industrie waren in den 1970er Jahren hoch und

sogar höher als in Schweden Einige Industriefirmen waren daher stark dem internationalen Wettbewerb ausgeliefert. Die Unfähigkeit, die Löhne zu kontrollieren, resultierte in einer stärkeren Schwankung der Beschäftigungsquoten. Dänemark ist ein Hochsteuerland wie Schweden. Das chronische Leistungsbilanzdefizit führte zu vielen Abwertungsspekulationen gegen die dänische Krone. Während Schweden auf Abwertungs politik setzte, fixierte Dänemark früh seine Währung an den ECU. Dies erforderte Lohnzurückhaltung und fiskalische Zurückhaltung, die in den späten 70er und 80er Jahren eingeführt wurden. Industriepolitik wurde erst langsam und viel später als in Schweden eingesetzt. Abschließend erfolgten Steuer- und Pensionsreformen. Viel später als in Schweden erfolgte aktive Arbeitsmarktpolitik und Sozialpolitik in Dänemark.

1980 beschloss Dänemark offiziell am ECU (in Wirklichkeit an der DM) zu orientieren. Vorher war Dänemark Mitglied der Währungsschlange gewesen. Die Leistungsbilanz verbesserte sich dadurch. Der Druck auf die daenische Krone setzte aber trotzdem immer wieder ein. 1986/87, als das Leistungsbilanzdefizit seinen Höhepunkt erreichte, waren die Abwertungsspekulationen so hoch, dass die konservative Regierung beschloss, extrem restriktive Kreditvergaben zu machen. Sie dämpfte damit den Konsum und leitete den Abschwung ein. Er dauerte bis 1993. Die Arbeitslosenraten stiegen, aber die Lohnsteigerungen war nach wie vor hoch, das Budget entwickelte sich von einem Überschuss von 2,4% 1987 in ein Defizit von -2,8% 1993. Die konservative Regierung hielt sich aber weiter an der Macht.

Bei Orientierung an der Deutschen Mark, also bei einer Hartwährungspolitik, waren Lohnzurückhaltung oder Produktivitätssteigerung erforderlich, um die dänische Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Der Versuch der konservativen Regierung, Lohnzurückhaltung 1982 zu bewirken, in dem die Lohnindexierung von privaten Löhnen aufgehoben wurde und die öffentlichen Löhne eingefroren wurden, war trotzdem nicht erfolgreich. Obwohl Arbeitgeber und Gewerkschaften Lohnzurueckhaltung als notwendige Schritte erkannten, erfolgten immer wieder starke Sprünge in den Lohnsteigerungen. 1985 griff die Regierung ein und zwang die Vertragspartner zu einem gesetzlich fixierten Lohn. Sie wurden aber von den lokalen Gewerkschaften und von Arbeitgebern in Zeiten des hohen Wachstums einfach ignoriert. 1987 gab die geschwächte konservative Regierung Lohnsteigerungen im öffentlichen Sektor nach, um die vorangegangenen Jahre niedrigeren Lohnwachstums zu kompensieren. Die privaten Gewerkschaften fürchteten dadurch aber ein Ansteigen der Lohndrift und Verlust von Arbeitsplaetzen in den exponierten, wettbewerbsorientierten Sektoren. Dies führte 1987 zur Absichtserklärung, wonach sich die dänischen Gewerkschaften bereit erklärten, Adie Lohnsteigerungen unter jenen der Haupthandelspartner Dänemarks zu halten@ (Due et all). !988 bis 1993 war diese Politik erfolgreich. Seit den frühen 80er Jahren waren die zentralisierten Lohnverhandlungen durch stark individualisierte Lohnsysteme ergänzt worden. Im öffentlichen Sektor z.B. gibt es zentralisierte Lohnverhandlungen und doch gleichzeitig lokale und individuelle Lohnsetzungen in großem Ausmaß.

Große Finanzmittel für die Klein- und Mittelbetriebe und Exportkredite für Firmen, die nach Zentral- und Osteuropa exportierten, waren Eckpfeiler der dänischen Industriepolitik. Mit diesen Exportmaßnahmen gelang es Dänemark sein Leistungsbilanzdefizit in einen Überschuss zu verwandeln, zusammen mit der Lohnzurückhaltung war diese Politik zunehmend erfolgreich. Dienstleistungen wurden ausgebaut, indem eine 60% ige Lohnsubventionierung an Gesellschaften, die Heimservice anbieten, gegeben wird. Diese sollten die Schwarzmarktdienstleistungen ersetzen und eine offizielle Beschäftigung für niedrig

Qualifizierte bewirken (1993).

Bereits 1982 hatte die konservative Regierung, die an die Macht gekommen war, das Budget konsolidiert. Die Sozialausgaben wurden nicht gekürzt bzw. sie stiegen wieder an. Der Gesundheitssektor war stark auf Privatfinanzierung und Gebühren gestützt. Die Finanzierung von Beschäftigungsprogrammen wurde den Privaten teilweise überlassen. Die Arbeitslosigkeit war bis 1993 aber doch drastisch angestiegen. Die Sozialdemokraten übernahmen die Regierung, expandierten öffentliche Investitionen. Die Beschäftigung und das Wachstum stiegen.

Die konservative Regierung hat zwischen 1980 und 1990 das Beschäftigungsziel vollkommen vernachlässigt. Trotzdem war das kein Problem, in Dänemark, weil die Arbeitslosenunterstützungen sehr generös waren. Das staatlich finanzierte Arbeitslosenversicherungssystem ersetzt bis zu 90% des Einkommens sieben Jahre lang (auf fünf Jahre reduziert 1995). Der Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik und eine Anreizsetzung zur Mehrarbeit, waren ein Teil des "dänischen Wunders".

Dänemarks politisches System hat sich sehr verändert. Während in den Nachkriegsjahren schwache kurzfristige Regierungen an der Macht waren, folgten seit den frühen 80er Jahren sehr stabile Regierungskombinationen, zunächst die konservative Regierung, dann die Sozialdemokraten, die die Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden wieder stärker unterstützen. "Zentralisierte Dezentralisierung" und die Erkenntnis der Akteure, dass Krisen durch Kollektivvertragsverhandlungen vermieden werden können, waren wichtig. Das hohe Leistungsbilanzdefizit beeinflusste den Lohnsetzungsprozess in den 80er Jahren und frühen 90er Jahren immer wieder. Dieser Trend hat sich bis heute fortgesetzt.

8.4. Eine Evaluierung des Schwedischen und Dänischen Modells

Nach der schweren Krise 1990 hat Schweden zwar ein ausgeglichenes Budget, aber hohe Arbeitslosigkeit. Das Pro Kopf Einkommen liegt unter dem OECD-Durchschnitt. Dänemark hingegen weist hohe Wachstumsraten, hohe Beschäftigung, niedrige Arbeitslosenraten und Einkommensgleichheit auf. Das Pro Kopf Einkommen liegt über dem OECD-Durchschnitt. Die Unterschiede werden aber manchmal überschätzt. Beide Länder weisen einen ausgebauten Wohlfahrtsstaat auf. Die Beschäftigungsquoten sind mit 70%-80% weit höher als in den Bismarck'schen Wohlfahrtsstaaten, die öffentliche Beschäftigung ist hoch, die Steuern sind über 50% des BIP, Gleichbehandlung ist ein wichtiges Merkmal. Die großen Unterschiede der Entwicklungen in den 90er Jahren sind auf die unterschiedlichen ökonomischen Strukturen zurückzuführen. In Schweden wurden die weiteren alten Institutionen des goldenen Zeitalters erhalten, in Dänemark hingegen hat sich das Institutionenszenario sehr verändert.

Die hohe Arbeitslosigkeit 1990 in Schweden ist eine Folge der Erosion des Rehn-Meidner Modells. Die Aushöhlung des Modells konnte zwar durch verschiedene Abwertungen und den anfänglichen Aufschwung, den die Regulierung der Kreditmärkte herbeibrachte, verdeckt werden.

Dänemark, das auf Hartwährungspolitik setzte, ist den 90er Jahren weit besser gewachsen. Die Lohnzurückhaltung, die dadurch erzwungen wurde und die neue Industriepolitik der 80er Jahre waren dem neokonservativen Trend der 90er Jahre weit besser angepasst als das keyensianische Modell Schwedens. Die Absicherung der Arbeitslosigkeit durch ein ausgebautes Arbeitslosenversicherungssystem in Dänemark führte zur Akzeptanz der Arbeitslosigkeit. Ein großes Problem der nordischen Staaten wird es sein, wie weit

Einkommensungleichheiten und Lohndispersion zugelassen werden. Es scheint eine Trade-Off zu geben zwischen egalitärer Einkommenspolitik und Arbeitslosigkeit. Schweden hält immer noch an der egalitären Einkommenspolitik fest, Dänemark setzt in den 90er Jahren auf hohe Beschäftigung. Eine Änderung der politischen Rahmenbedingungen, das ein Rehn-Meidner-Modell in Zukunft ermöglicht, eine internationale Besteuerung des Kapitals (Tobin Steuer) oder ähnliche Vorkommnisse, würden das schwedische Modell wahrscheinlich sehr schnell wiederbeleben.

9. Die unterschiedliche Rolle der Sozialpartner in Krisenzeiten

Wie die folgenden Ausführungen gezeigt haben, litten die einzelnen Länder sehr unterschiedlich an den internationalen Schocks. Der erste Ölchock wurde z.B. von Österreich, Irland, Italien und Schweden sehr gut verkraftet. Die Liberalisierung der Kapitalmärkte in den 1980er Jahren traf hingegen Österreich und Schweden, letzteres besonders heftig. Die 1990er Jahre zeigen für Irland, Dänemark und Italien plötzlich neue Lösungsmuster, während die anderen Länder Probleme mit ihren Kollektivvertragsvereinbarungen bekommen.

Die Rolle der Sozialpartner in den einzelnen Ländern war ebenfalls sehr unterschiedlich. In Österreich dämpften sie die Effekte von Globalisierung, verzögerten Privatisierungen und Arbeitsmarktflexibilisierung. Sie schufen damit ein niedriges Niveau der Arbeitslosigkeit und verringerten die pfadabhängige Langzeitarbeitslosigkeit (Hysterese). In den Niederlanden waren die Sozialpartner - nach Erfahrungen des Scheiterns von Verhandlungen, Streiks und Regierungseingriffen - 1982 bereit zu sehr starken Arbeitsmarktflexibilisierungen, allerdings bestanden sie auf einer kollektivvertraglichen Regelung von Teilzeit.

In Belgien versuchten die starken Gewerkschaften eine keynesianische Politik hoher und egalitärer Löhne zur Nachfragestimulierung aufrechtzuerhalten. Dies angesichts zunehmender Internationalisierung, eines Wettbewerbsdrucks auf die belgische Industrie, schwacher Arbeitgeberverbände und eines zersplitterten Staates. Es gelang die Arbeitslosen gut abzusichern und die Einkommensverteilung egalitär zu gestalten. Es gelang aber nicht, die Arbeitslosigkeit ausreichend zu senken.

In Irland gelang es erst in den 1990er Jahren zentrale Verhandlungen einzuführen. Die starke Präferenz für betriebliche Lösungen, die teilweise zentral koordiniert werden, entspricht dem anglo-sächsischen, auf Flexibilisierung bauenden, Stil. Im Gegensatz zu Großbritannien ist es in Irland gelungen, kooperative Verhandlungen festzusetzen, Irland erhielt überdurchschnittlich hohe Subventionen von der EU und zog auch viel Auslandskapital an. Die Einkommensverteilung ist aber nach wie vor die ungünstigste aller Länder.

In Italien erfolgte die Rettung erst durch die EU. Kollektivvertragsverhandlungen, die Abschaffung von Lohnindexierungen, Reformen im politischen System waren erst in den 1990er Jahren möglich. Die Verringerung von Korruption, die Erhöhung der Effizienz der Bürokratie, Asaubere Hände®, die Sanierung des hohen Budgetdefizits waren gewaltige Leistungen der 1990er Jahre. Hohe Arbeitslosigkeit, eine Spaltung zwischen Norden und Süden, machen es erforderlich, die Stabilität dieses neuen Modells erst abzuwarten.

Schweden galt als Erfolgsmodell der 1980er Jahre. In den 1990er Jahren bewirkte die Globalisierung eine starke Veränderung in der schwedischen Industrie. Die hoch zentralisierten, kooperativen Verhandlungsmuster, die egalitäre Lohnpolitik wurden dadurch

gefaehrdet, das Rehn-Meidner-Modell brach zusammen. Allerdings sind die schwedischen Institutionen noch weitgehend intakt.

Daenemarks Klein- und Mittelbetriebsstruktur und seine Strategie, Arbeitslosigkeit gegebenenfalls zuzulassen aber gut abzusichern, war fuer die 1990er Jahre besser geeignet als das schwedische Modell. Auch seine Strategie der Hartwaehrung entspricht heute mehr dem europaeischen Standard als Schwedens Weichwaehrungspolitik. Daenemark setzte erst spaet auf aktive Arbeitsmarktpolitik und Lohnzurueckhaltung. Sein hohes Pro-Kopfeinkommen und seine hohen Lohnstueckkosten und Steuern machen es schwierig, das Modell nachzuahmen.

Insgesamt laesst sich folgern, dass folgende Faktoren fuer den Erfolg oder Misserfolg bzw. fuer den Handlungsspielraum sozialpartnerschaftlicher Akteure eine wichtige Rolle spielten:

- die Industrie- und Produktionsstruktur
- ob Hart- oder Weichwaehrungsland
- ob die Notenbank unabhaengig oder nicht unabhaengig ist
- ob eine sozialdemokratische oder konservative Regierung an der Macht war
- ob hohe Budgetdefizite akzeptiert wurden
- ob hohe Leistungsbilanzdefizite akzeptiert wurden
- ob aktive oder passive Arbeitsmarktpolitik vorherrschte
- ob gerechte Einkommenspolitik oder Lohndispersion von den Gewerkschaften bevorzugt wurde

- ob Lohnzurueckhaltung von den Gewerkschaften akzeptiert wurde oder nicht
- ob Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu Lasten Dritter erfolgten (z.B. Fruhpensionen, zur Entlastung des Arbeitsmarkt)
- ob die Regierung massiv mit gesetzlichen Loehnen drohte
- ob die Nationalbank mit Abwertung und Inflation drohte
- ob eine Koordinierung zwischen Lohn- Geld- und Budgetpolitik gelang

Die gelungene Koordinierung Geld- Fiskal- und Lohnpolitik scheint dabei das wichtigste Erfolgsgeheimnis zu sein.

Table 1: Ziele des magischen Vierecks (Durchschnitt 1970-1999)

| | Inflation | Arbeitslosenrate | Leistungs bilanz in % g des BIP | Einkommensverteilun g |
|-------------------------|------------|------------------|---------------------------------------|--------------------------|
| ÖSTERREI CH | 4,1 | 3,27 | -0,84 | 31,6 |
| BELGIEN | 4,7 | 8,28 | 1,50 | 23,5 |
| SCHWEIZ | 3,5 | 1,57 | 4,44 | 32,3 |
| DEUTSCH LAND | 3,5 | 5,70 | 1,03 | 25 |
| DÄNEMAR K | 6,1 | 6,51 | -1,49 | 24 |
| FRANKREI CH | 6,1 | 8,03 | 0,02 | 32,1 |
| FINLAND | 6,7 | 6,96 | -1,71 | 20,7 |
| GRIECHEN LAND | 14,3 | 5,93 | -3,44 | 32 |
| ITALIEN | 9,2 | 9,27 | -0,18 | 31 |
| IRLAND | 8,2 | 11,19 | -3,39 | 33 |
| JAPAN | 4,3 | 2,43 | 1,67 | 24 |
| NORWEG EN | 6,4 | 3,04 | -0,11 | 23,4 |
| NIEDERLA NDE | 4,1 | 6,52 | 3,17 | 26,8 |
| PORTUGA L | 13,8 | 5,90 | -2,77 | 32 |
| SCHWEDE N | 6,7 | 3,88 | -1,00 | 22 |
| SPANIEN | 9,6 | 13,83 | -1,27 | 32,1 |
| GROSSBRI TANNIEN | 8,0 | 6,99 | -0,46 | 30,4 |
| USA | 5,2 | 6,34 | -1,18 | 34,1 |
| Laenderdur chschnitt | 6,9 | 6,43 | 0,00 | 28,3 |

Verbraucherpreise, Arbeitslosenraten, Leistungsbilanz (Summe der Güter, Dienstleistungen und Transferleistungen in % des Bruttoinlandproducts, Gini Koeffizient in den 1980er Jahren

Quelle: OECD, 1997: Statistical Compendium (Labour Force Statistics), Schludi et al (1999); Employment Outlook 2000; OECD (1995:46) Income Distribution in OECD Countries.

Tabelle 2 Zielerreichung 1970-1999

| Anzahl der erreichten Ziele | niedrige Inflation | niedrige Arbeitslosigkeit | ausgeglichene Leistungsbi lanz | faire Einkommens- verteilung | Länder |
|-----------------------------|--------------------|---------------------------|--------------------------------|------------------------------|--|
| alle 4 | X | X | X | X | Japan, Deutschland, Niederlande, Norwegen, Luxemburg |
| 3 von 4 | X | X | X | nein | Schweiz |
| | X | nein | X | X | Belgien |
| 2 von 4 | X | X | nein | nein | Österreich, USA |
| | nein | X | nein | X | Schweden |
| | X | nein | nein | X | Dänemark |
| | X | nein | X | nein | Frankreich |
| 1 von 4 | nein | nein | nein | X | Finland |
| | nein | nein | X | nein | Italien |
| | nein | X | nein | nein | Portugal, Griechenland |
| keines der 4 | nein | nein | nein | nein | Irland, Großbritannien, Spanien |

Reihung nach der Tabelle Magisches Vieleck 1970-1999

X ... Land gehört zu den niedrigsten neun Länder oder liegt unter dem Durchschnitt

nein ... Land ist auf Platz 10 oder höher und/ oder liegt über dem Durchschnitt

Tabelle 2b: Das Magische Vieleck im Zeitablauf

Standardisierte Arbeitslosenraten in % (Durchschnitt)

| | 1970s | 1980s | 1990s | 1999 |
|---------------------|------------|------------|------------|------------|
| ÖSTERREICH | 1,6 | 3,3 | 4,3 | 4,7 |
| BELGIEN | 4,3 | 11,1 | 9,6 | 8,7 |
| SCHWEIZ | 0,4 | 0,6 | 3,1 | 3,1 |
| DEUTSCHLAND | 2,4 | 6,7 | 8,0 | 8,7 |
| DÄNEMARK | 4,0 | 8,1 | 7,5 | 5,2 |
| FRANKREICH | 3,8 | 9,0 | 11,2 | 11,8 |
| FINLAND | 3,5 | 4,9 | 12,5 | 10,3 |
| GRIECHENLAND | 2,3 | 6,6 | 9,2 | 11,0 |
| ITALIEN | 6,2 | 9,9 | 11,6 | 11,8 |
| IRLAND | 6,9 | 14,3 | 12,4 | 5,8 |
| JAPAN | 1,7 | 2,5 | 3,1 | 4,9 |
| NORWEGEN | 1,5 | 2,8 | 4,8 | 3,2 |
| NIEDERLANDEN | 3,6 | 9,8 | 6,2 | 3,6 |
| PORTUGAL | 4,6 | 7,3 | 5,8 | 4,6 |
| SCHWEDEN | 2,0 | 2,5 | 7,1 | 7,1 |
| SPANIEN | 4,3 | 17,5 | 19,7 | 15,9 |
| GROSSBRITANNIEN | 3,5 | 9,5 | 7,9 | 6,1 |
| USA | 6,1 | 7,2 | 5,7 | 4,3 |
| Laenderdurchschnitt | 3,5 | 7,4 | 8,3 | 7,3 |

Inflationsraten (Verbraucherpreisindex) in % (Durchschnitt)

| | 1970s | 1980s | 1990s | 1970-1999 |
|---------------------|------------|------------|------------|-----------|
| ÖSTERREICH | 6,1 | 3,8 | 2,5 | |
| BELGIEN | 7,1 | 4,9 | 2,2 | |
| SCHWEIZ | 5,0 | 3,3 | 2,4 | |
| DEUTSCHLAND | 4,9 | 2,9 | 2,6 | |
| DÄNEMARK | 9,2 | 6,9 | 2,2 | |
| FRANKREICH | 8,9 | 7,4 | 2,0 | |
| FINLAND | 10,4 | 7,3 | 2,3 | |
| GRIECHENLAND | 12,3 | 19,5 | 11,2 | |
| ITALIEN | 12,3 | 11,2 | 4,1 | |
| IRLAND | 12,8 | 9,3 | 2,5 | |
| JAPAN | 9,1 | 2,6 | 1,2 | |
| NORWEGEN | 8,4 | 8,3 | 2,5 | |
| NIEDERLANDEN | 7,0 | 2,9 | 2,5 | |
| PORTUGAL | 17,8 | 17,6 | 6,0 | |
| SCHWEDEN | 8,6 | 8,0 | 3,7 | |
| SPANIEN | 14,4 | 10,3 | 4,3 | |
| GROSSBRITANNIEN | 12,6 | 7,4 | 3,8 | |
| USA | 7,1 | 5,6 | 3,0 | |
| Laenderdurchschnitt | 9,7 | 7,7 | 3,4 | |

Leistungsbilanz in % des BIP (Durchschnitt)

| | 1970s | 1980s | 1990s | 1997 |
|--------------|-------|-------|-------|------|
| ÖSTERREICH | -1,4 | -0,3 | -0,8 | -1,9 |
| BELGIEN | 1,0 | -0,2 | 4,3 | 5,5 |
| SCHWEIZ | 3,2 | 3,8 | 6,5 | 8,3 |
| DEUTSCHLAND | 0,9 | 2,2 | -0,3 | 0,0 |
| DÄNEMARK | -3,4 | -3,1 | 1,7 | 0,4 |
| FRANKREICH | 0,2 | -0,6 | 0,7 | 2,8 |
| FINLAND | -2,0 | -2,0 | -1,2 | 5,4 |
| GRIECHENLAND | -3,4 | -4,3 | -2,4 | -4,0 |
| ITALIEN | 0,0 | -1,0 | 0,6 | 3,2 |

Veränderungen der Einkommensverteilung und Einkommensverteilung 1990.

| | Verteilung | D9/D1 | 1980s | 1990s | 1995* |
|--------------|----------------------|-------|-------|-------|-------|
| ÖSTERREICH | wenig Veränderung | | | 3,5 | 3,6 |
| BELGIEN | bescheidener Anstieg | | | 2,4 | 2,3 |
| SCHWEIZ | wenig Veränderung | .. | | | 2,7 |
| DEUTSCHLAND | bescheidener Anstieg | | | 2,6 | 2,4 |
| DÄNEMARK | .. | .. | 2,2 | .. | .. |
| FRANKREICH | wenig Veränderung | | | 3,2 | 3,3 |
| FINLAND | wenig Veränderung | | | 2,5 | 2,4 |
| GRIECHENLAND | .. | .. | .. | .. | .. |
| ITALIEN | sinkend | | | 2,5 | 2,6 |

| | | | | |
|-------------|-------------|-------------|------------|------------|
| IRLAND | -5,5 | -5,4 | 1,8 | 1,6 |
| JAPAN | 0,8 | 2,1 | 2,3 | 2,3 |
| NORWEGE | -7,6 | 0,5 | 3,8 | 5,5 |
| N | | | | |
| NIEDERLAN | 2,3 | 3,0 | 4,6 | 6,5 |
| DE | | | | |
| PORTUGAL | -3,8 | -3,7 | -0,9 | -2,2 |
| SCHWEDEN | -1,5 | -1,3 | -0,4 | 2,7 |
| SPANIEN | -1,4 | -0,9 | -1,6 | 0,5 |
| GROSSBRIT | -0,3 | -0,1 | -1,1 | 0,6 |
| ANNIEN | | | | |
| USA | 0,1 | -1,8 | -1,5 | -2,1 |
| Laenderdurc | -0,5 | -0,5 | 1,3 | 2,5 |
| hschnitt | | | | |

| | | | |
|-----------|----------------|------|-----|
| IRLAND | wenig .. | | |
| | Veränderung | | |
| JAPAN | bescheidene | 3,1 | 3 |
| | r Anstieg | | |
| NORWEGE | wenig | 2,16 | 2 |
| N | Veränderung | | |
| NIEDERLAN | bescheidene | 2,5 | 2,6 |
| DE | r Anstieg | | |
| PORTUGAL | bescheidene | 3,6 | 3,8 |
| | r Anstieg | | |
| SCHWEDEN | steigend | 2 | 2 |
| SPANIEN | bescheidene .. | | |
| | r Anstieg | | |
| GROSSBRIT | deutlich | 3 | 3,3 |
| ANNIEN | steigend | | |
| USA | steigend .. | | 4,2 |

* oder aktuellsten verfügbaren Daten (vgl. Schludi (1999: Tab 3.4.

Vgl. OECD (1995, p.80) ,Income Distribution in OECD Countries, C
Studies

Tabelle 3: Korporatismus, Starrheit der Löhne und Hysterese

| | Koordinierung der Lohnverhandlungen | Korporatismus | Reallohnstarrheit | Nominallohnstarrheit | Hysterese |
|--------------|-------------------------------------|---------------|-------------------|----------------------|-----------|
| Oesterreich | 1 | 1 | 0,11 | 0,46 | 0,53 |
| Belgien | 10 | 10 | 0,25 | 0,04 | 0,77 |
| Daenemark | 7 | 6 | 0,58 | 0,08 | 0,6 |
| Finnland | 6 | 7 | 0,29 | 1,01 | 0,79 |
| Frankreich | 13 | 15 | 0,23 | 0,2 | 0,84 |
| Deutschland | 4 | 8 | 0,63 | 0,49 | 0,76 |
| Griechenland | .. | 13 | .. | .. | .. |
| Irland | .. | 16 | 0,27 | 0,31 | 0,71 |
| Italien | 9 | 14 | 0,06 | 0,14 | 0,69 |
| Japan | 5 | 4 | 0,06 | 0,05 | -0,5 |
| Niederlande | 8 | 9 | 0,25 | 0,24 | 0,71 |
| Norwegen | 2 | 2 | 0,08 | 0,37 | 0,76 |
| Portugal | .. | 12 | .. | .. | .. |
| Spanien | .. | 11 | 0,52 | 0,56 | 0,59 |
| Schweden | 3 | 3 | 0,08 | 0,39 | 0,81 |
| Schweiz | .. | 5 | 0,13 | 0,41 | 0,57 |
| Grossbrit. | 14 | 17 | 0,77 | 0,7 | 0,48 |
| USA | 16 | 18 | 0,25 | 0,8 | -0,02 |

Quelle: Unger (1998, S. 164), Traxler/Kittel/Lengauer (1996) und Layard, Nickell and Jackman (1991, S.407)

Koordinierung der Löhne: Traxler/Kittel/Lengauer (1996), die eine Umreihung von Calmfors/Driffill (1988) vornehmen. Nur 16 der 18 Laender sind enthalten.

Korporatismus: Unger (1998), die neben dem Lohnverhandlungsprozess auch die Eingebundenheit der Sozialpartner in wirtschaftspolitische Entscheidungen beruecksichtigt.

Hysterese= Pfadabhaengigkeit der Arbeitslosigkeit, gemessen als Prozentsatz der Arbeitslosenrate, der durch die vorangegangenen Arbeitslosenraten erklarbar ist.

